Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 u, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72. Dienstag, den 26. März 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Vom Teilen.

Die Nähfaden-Fabrik Göggingen in Augsburg erzielte im vergangenen Geschäftsjahr einen Reingewinn in Höhe von 965 684,25 Mk. Da in diesem Betriebe 900 Arbeiter beschäftigt sind, hat somit jeder Arbeiter 1078 Mark Mehrwert geschaffen, während jeder Arbeiter durchschnittlich in der gleichen Zeit aber nur 700 Mk. Arbeitslohn bezog. Der größte Teil der Arbeiter besteht aus jugendlichen (1 Mk. Taglohn) und weiblichen Arbeitern (1,20 bis 1,50 Mk. Taglohn).

Innerhalb weniger Tage finden wir hier zum dritten Male Gelegenheit zu einer nützlichen Betrachtung über kapitalistische und sozialistische Teilerei. In der Bergwerks-Aktien-Gesellschaft „Hibernia“ verdiente jeder Bergmann seinen Unternehmern im Jahre 1905: 762, im Jahre 1906: 942 Mk. Mehrwert; die glücklichen Aktionäre der Arenbergschen Gesellschaft steckten im vergangenen Jahre von jedem Arbeiter, der in ihren Diensten sich plagt, 644 Mk. in die Tasche. Die Mühe aller dieser Aktionäre besteht nur darin, ihre Papierchen aufzubewahren und am Fälligkeitstermin den Rebbach einzustreichen.

Das ist die Teilung von heute. Im Staub des Fabriksaals und vor der Glut des Ziegelofens, in der Tiefe des Schachtes und vor dem schnurrenden Rad der Spindel schafft der nimmermüde Proletarier, schafft sein welkendes Kind um kärglichen Lohn fürs eigene Leben — um reichen Gewinn für seinen Herrn. Wie ihre Schicksalsgefährtinnen rings im Lande eilt die Spulerin von Göggingen in früher Morgenstunde ins Fabriktor, der eherne Zwang zum Verdienen, das unerbittliche Signal der Fabrikpfeife hat ihr kaum Zeit gelassen, sich flüchtig zu waschen, das Haar nachlässig aufzustecken, hastig einen Bissen Frühstück zu verschlingen und während ihre glücklicheren Schwestern stundenlang vor dem Spiegel stehen, um in Sorgfalt ihre Toilette herzurichten, müht sich die Arbeiterin längst zwischen schnurrenden Rädchen und klappernden Webstühlen. Und der Erfolg ihrer Mühen? Am Wochenschluß hat sie für sich 8, 9, 10 Mk., für den Kapitalisten, der sie in Arbeit nahm, aber 12, 13, 15 Mk. verdient. Sie muß freilich auch bis zum Abend aushalten, oft reicht die schmale Mittagspause ja nicht einmal aus, um den Weg ins Heim einzuschlagen und bis der Abend sich niedersenkt, bleibt sie die Sklavin der Arbeit. Wer hätte sie noch nicht gesehen, die halberwachsene Arbeitertochter, die in den Osterwochen mit neuen Kleidern geschmückt, hoffnungsfroh aus der Schule heraus in das Leben tritt, wie ihre Wangen nach wenigen Jahren industrieller Arbeit erbleichen, das traurige Auge aus tiefen Höhlen hervorblickt, wie der Reiz der Jugend früh entschwindet, um nie wiederzukehren, entschwindet zu einer Zeit, wo die Töchter der begüterten Klassen ihre Triumphe feiern, ihr Leben genießen! Wer hat den Philister noch nicht die Nase rümpfen sehen über das ungeberdige, lose Benehmen dieses Fabrikmädchens, das nach zehn- und elfstündigem Stillstehen an der Maschine auch einen Augenblick in jugendlicher Ungebundenheit sich ergehen möchte und dabei die Grenze jener Wohlanständigkeit vielleicht einmal überschreitet, die die Gesellschaft von ihr verlangt, ohne sie dazu zu erziehen. Das sind die Proletariermädchen, die neben den Männern den Kapitalisten den goldenen Überfluß mit ihren Händen, mit ihrem Blute schaffen. Das ist die Teilung, die heute vorgenommen wird an dem Produkt des Arbeitersfleißes — 700 Mark in die Tasche dessen, der arbeitet — ebensoviel, mehr, 900, 1000 Mark in die große Börse dessen, der die anderen für sich arbeiten läßt.

Es brauchte nicht so zu sein. Wir Sozialdemokraten erstreben allerdings eine andere Art der Teilerei. Wir verlangen, daß ein Anteil an dem Erzeugnis der Arbeit nur dem gehöre, der sich an dieser Arbeit selber nützlich beteiligt. Dem Bergmann der „Hibernia“, der jeden Morgen in die Grube fährt, der unten Kohle und Erze schürft, der täglich sein Leben aufs Spiel setzt, der seine Körperkraft in der Arbeit aufzehrt: ihm gebühren diese 942 Mark, er hat sie durch seinen Fleiß erworben. Dem Hauer, dem Schlepper, dem Steiger, dem Beamten, auch dem Direktor, jedem, der seine Hand, seinen Kopf, seine körperliche oder geistige Kraft in den Dienst des Unternehmens stellt, gebührt der Gewinn, nicht dem Dividendenschlucker von heute, dem Geburt, Zufall, rücksichtsloser Konkurrenzkampf oder ein anderer Umstand ein Kapital in den Schoß warf, der für seinen Profit selbst nichts getan, sondern andere für sich arbeiten läßt. Den Arbeitenden der Ertrag ihres Fleißes — in jedem Bergwerk, in jedem Bureau, auf jedem Bauplatz, in jeder Fabrik. Wer nicht arbeitet, der soll nicht essen, nicht vom Schweiße anderer sich nähren, das ist die Botschaft, die der Sozialismus bringt.

Welch ein Segen für die ganze Volkswirtschaft! Wenn die 3 520,176 Mark Reingewinn der Arenbergschen Gesellschaft nicht in großen Klumpen die Geldschränke von zehn oder zwanzig oder achtzig Aktionären füllten, wenn dieser befruchtende Goldstrom sich über die 5766 Arbeiter ergösse! Wie könnte Industrie, Gewerbe, Handel und Wandel, Ackerbau und Viehzucht sich beleben, wenn jeder Bergmann, der ja lange genug im Finstern haust, mit den ihm gehörenden 644 Mark pro Jahr sich eine helle, große, freundliche Wohnung mit soliden Möbeln und einfachem Schmuck anschaffte, wenn er seine zahlreiche Kinderschar nicht mehr in zerschabtem Kleid und zerrissenen Schuhzeug umherziehen lassen brauchte! Wenn die junge Spinnerin, von deren Arbeitsverdienst sich die Frau des Fabrikanten in Seide hüllt, sich nicht mehr mit wertlosem Flitterkram behängte — auch ihr Herz steht doch nach ein wenig Putz von all der Pracht, die sie umgibt — sondern sich eine gute, einfache aber geschmackvolle Bekleidung leisten könnte, wenn vor allem nicht mehr Kartoffeln, Brot und dünner Kaffee die Hauptnahrung des Volkes bildeten, sondern auch auf dem Tisch der Arbeiterfamilien öfter, viel öfter einmal die Produkte des Kleinbauern erscheinen, ein paar Eier und ein Topf Milch für die Kleinen, Obst und Gemüse, mehr Fleisch und Fisch für die Großen! Dann brauchten uns die Absatzgebiete in Afrika keine Unruhe mehr bereiten, dann würde alle Welt sehen, was wir im Vaterlande noch absetzen können, ehe alle Kinder satt und wohlgekleidet, ehe das ganze Volk mit menschlichen Wohnungen, guter Bildung und edlem Vergnügen bedacht ist. Hier löst sich spielend auch die Frage, wo die halbe Million junger Männer bleiben sollen, wenn die sozialdemokratische Forderung auf Abschaffung der stehenden Heere erfüllt würde. Es gibt für diese Bäcker und Fleischer, Maurer und Zimmerer, Schlosser und Tischler, Schneider und Schuhmacher in den bunten Röcken fruchtbringende Arbeit genug, wenn man nur unser ganzes Volk in einen konsumkräftigen Zustand versetzte.

Das ist es, wofür der Sozialdemokrat kämpft. Jedem Arbeitenden das Produkt seines Fleißes, nur verringert um die Aufwendungen für die von der Gesellschaft zum Wohle aller getroffenen Einrichtungen, um die zur Weiterführung der Produktion nötigen Mittel. Warum wir das heute nicht haben? Weil die Eigentumsverhältnisse einer alten, einer versinkenden Zeit, der Zeit des gewerblichen Kleinbetriebes, noch aufrecht erhalten werden im Zeitalter der großen Nähfadenfabriken, der Bergwerke, der Ziegeleien, der Warenhäuser, des Dampfes und der Elektrizität. Die Hobelbank und der Hammer konnten dem Kleinmeister gehören, denn mit seinem Handwerk in seiner Werkstatt sicherte er sich den Erfolg seines Fleißes. Die große Fabrik, das riesige Dominium, das Bergwerk — das alles soll nicht ein paar Besitzenden gehören, die keinen Finger in ihnen rühren, sondern der Gemeinschaft derer, die darin arbeiten, oder noch besser der Gemeinschaft aller Arbeitenden. Dann kann der Mehrwert nicht mehr in den Taschen der Besitzenden verschwinden, dann werden alle mitgenießen von dem Ertrage des gemeinsamen Fleißes.

Die wirtschaftlichen Kräfte, die den Großbetrieb immer gewaltiger anwachsen lassen, die Technik und Organisation der Arbeit immer vollkommener machen, drängen mit steigender Kraft zu dieser Lösung der sozialen Frage. Doch wir können dabei behilflich sein. Aufklärung in die Köpfe der Nichtbesitzenden, Begeisterung in die Herzen der Proletarier, das wird den notwendigen Gang der Entwickelung beschleunigen. 55 Millionen Deutscher von den 60, die in den Grenzen unseres Landes leben, leiden unter der Teilerei von heute. $^{9}/_{10}$ der Bevölkerung gehören ihren Interessen nach auf die Seite der Spinnerinnen von Göggingen, auf die Seite des Proletariats. Heute stützen sie noch das alte System der Ungerechtigkeit, stützen es freiwillig, teils durch ihre Gleichgültigkeit, teils durch kurzsichtige Feindschaft gegenüber den Verkündern einer neuen Zeit. Laßt uns in diesen großen finsteren Kreisen das Licht der Erkenntnis entzünden, und die Stützen brechen wankend zusammen, auf denen das Gebäude der kapitalistischen Ungerechtigkeit ruht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Zentrumsabgeordnete Prinz v. Arenberg ist im Alter von 58 Jahren verstorben. Er vertrat den Wahlkreis Aachen I, der zu einer der sichersten Domänen des Zentrums gehört.

Der bescheidene Dernburg. Im „Bresl. Generalanzeiger“ war kürzlich zu lesen, daß Dernburg seinen jetzigen Posten nur als Durchgangsposten zu einem höheren Amt betrachte. In einer Erklärung weist nun Dernburg darauf hin, daß diese Auffassung unrichtig sei.

Mit schlichtem Abschied entlassen. Das militärische Ehrengericht hat, der „Augsb. Abendztg.“ zufolge, in der Verhandlung gegen den anläßlich der Tippelskirch-Affäre viel genannten Major Fischer auf Entlassung des Majors aus dem preußischen Heere mit schlichtem Abschied erkannt. Das Urteil sei dem Kaiser zur Bestätigung unterbreitet worden.

Dem Reichstag ist eine Resolution Bassermann und Genossen zugegangen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach 1. ein zum Reichsamt des Innern ressortiertes ständiges Amt unter dem Namen Reichsarbeitsamt geschaffen wird, auf das die Obliegenheiten und Befugnisse der arbeitsstatistischen Abteilung des Statistischen Amtes übergehen und dem u. a. die Feststellung und wissenschaftliche Bearbeitung der Dienst- und Erwerbsverhältnisse der Lohnarbeiter und anderer Angestellten kaufmännischer und gewerblicher Betriebe, sowie die Vorbereitung einer hierauf begründeten sozialpolitischen Gesetzgebung obliegt und wonach 2. diesem Reichsarbeitsamt ein ständiger Arbeitsrat beigegeben wird, dem Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl, sowie unparteiische Sachverständige angehören. — Derartige Anträge sind bereits seit Jahren von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden.

Dem nächsten Abschnitte der Reichstagssession glaubt der Berliner Mitarbeiter der „Frankf. Ztg.“ erfreuliche Aussichten eröffnen zu dürfen. Die Session werde sich nicht über Pfingsten hinaus erstrecken. Es blieben also zwischen Ostern und Pfingsten knapp fünf Arbeitswochen zur Verfügung. Diese Zeit werde in der Hauptsache durch die zweite und dritte Lesung des Etats ausgefüllt werden; freilich werde es, um die Etatsberatung in dieser Zeit zu erledigen, eines planmäßigen Zusammenwirkens der Rechten und der bürgerlichen Parteien bedürfen. Weiter heißt es:

„Ein solches Zusammenwirken der liberal-konservativen Mehrheit ist gesichert, denn man ist sich auf beiden Seiten darüber klar, daß der unbegrenzten Redelust, an der der Reichstag nun schon seit mehreren Legislaturperioden gelitten hat, gewisse Schranken zu setzen sind. Nicht nur auf der Rechten und auf der Linken war man sich schon immer darüber klar, sondern früher auch im Zentrum, und gelegentlich haben auch die Sozialdemokraten im Reichstag und in ihrer Presse beklagt, daß durch unnütze Reden wertvolle Zeit vergeudet worden sei. Es gab nur früher keine Möglichkeit, auch noch so breit ausartende Debatten zu schließen, weil der Reichstag dauernd beschlußunfähig war und der Präsident mangels einer hinter ihm stehenden Mehrheit keine planmäßige Einteilung der Geschäfte durchführen konnte. Das ist durch die Einführung der Anwesenheitsgelder anders geworden. Der Reichstag ist seitdem dauernd beschlußfähig und die Mehrheit, die sich bei der Wahl des Präsidiums zusammengefunden hat, ist sich der Verantwortlichkeit für die Führung der Geschäfte bewußt.“

Der Mitarbeiter der „Frankf. Ztg.“ meint dann, es sei zwar auch in dem jetzt abgelaufenen Sessionsschluß nach allgemeinem Urteil etwas viel geredet worden, in der achttägigen Etatsdebatte und bei manchen Interpellationsdebatten sogar viel zu viel, aber die bürgerliche Linke habe manchen beabsichtigten und sogar beantragten Debatteschlüssen, die sie mit der Rechten hätte durchsetzen können, widerstrebt, um in keiner Weise den Verdacht aufkommen zu lassen, daß die neue Mehrheit, zumal nach den Aufregungen des Wahlkampfes, der Minderheit, und insbesondere der Sozialdemokratie die Redefreiheit beschränken wolle. Trotzdem aber habe die neue Mehrheit doch schon in einer Weise, in der es früher bei der dauernden Beschlußunfähigkeit nicht möglich gewesen wäre, für eine promptere Erledigung der Geschäfte gesorgt. Sie habe die Debatten über die allgemeinen Wahlbeeinflussungen zwar nicht durch vorzeitigen Schluß, aber doch dadurch eingedämmt, daß sie selbst, wie man annehmen müsse, auf Grund einer Verabredung, sich nicht mehr daran beteiligt habe. Die „nationale Mehrheit“ hat allerdings ein erhebliches Interesse gehabt, sich nicht mehr an diesen Debatten zu beteiligen und sodann mit Hilfe der Rechten den Schluß herbeizuführen. Saß die Mehrheit doch mit auf der Anklagebank und hat dabei eine höchst klägliche Rolle gespielt.

Eine außerordentliche Tagung der Polen, die von der größten polnisch-politischen Organisation, dem Straz-Vereine, arrangiert war, tagte am Sonntag in Posen. Dieselbe war von allen Teilen Deutschlands stark besucht. Beschlossen wurde, den Straz-Verein nach dem Muster des deutschen Ostmarkenvereins umzugestalten. — Wird sich nun endlich die preußische Regierung zu der Einsicht aufschwingen, daß die bisher von ihr gegen die Polen beliebte Kampfesmethode vollständig verkehrt war? Wir bezweifeln es.

Der Freisinn auf der Probe. Herr Theodor Barth veröffentlicht zum Abschied im „Berliner Tageblatt“ einen Artikel über „Die Chance des Freisinns“. In diesem Artikel macht der ausgestoßene Repräsentant ehemaliger freisinniger Grundsätze sehr verständige Vorschläge, wie der Freisinn, wenn er faktisch freisinnige Politik treiben wolle, seine Stellung zugunsten einer fortschrittlichen Politik ausnutzen könne.

Herr Barth ist der Meinung, daß der Freisinn sich nicht einfach dazu gebrauchen lassen dürfe, der Regierung die Gelegenheit zu geben, auch gegen das Zentrum allezeit eine militaristische und weltpolitische und agrarische Mehrheit zu bilden. Der Freisinn müsse im Gegenteil das vorwärtstreibende Element darstellen. Wirke der Freisinn nicht in diesem Sinne, so werde er sich nur kompromittieren und die Rolle des Düpierten spielen.

Wenn Bülow jahrelang mit dem Zentrum regiert habe, so habe darin eine gewisse Logik gelegen. Zentrum und Konservatie hätten ihren Grundsätzen keinen allzu großen Zwang antun brauchen, um sowohl im Reiche wie in Preußen die Politik Bülows zu unterstützen. Ganz anders stehe es um das Bündnis zwischen Konservativen und Freisinn, der weder die reaktionäre Schulpolitik noch die agrarische Wirtschaftspolitik unterstützen dürfe. Man müsse vielmehr vom Freisinn verlangen, daß er die Chance ausnutze, die ihm in der allgemeinen politischen Verwirrung zufalle. Durch die Brüskierung des Zentrums sei der Einfluß der demokratischen Elemente im Zentrum gestärkt. Aus dieser Konstellation müsse der Freisinn Nutzen ziehen. Als getreuer Fridolin des Hottentottenblocks habe er nicht die geringste Aussicht, mittels dieses Blocks irgendwelche ernsthaften liberalen Forderungen durchzusetzen. Ganz anders liegt die Sache, wenn er, unbekümmert um die Blockgenossen, in demokratischer Richtung selbständig operiere. Die Sozialdemokratie müßte ihn dabei ohne weiteres unterstützen, aber auch das Zentrum sei genötigt, entweder mitzumachen, oder die demokratische Maske fallen zu lassen.

Der Freisinn müsse also im Reichstage eine gründliche Reform unseres Vereins- und Versammlungsrechtes fordern, ebenso eine durchgreifende Neueinteilung der Wahlkreise. Sobald das Zentrum dabei mitgehe, sei eine Mehrheit gesichert. Auch im preußischen Abgeordnetenhause sei die Frage einer wirklichen Neueinteilung der Wahlkreise wieder aufzurollen, wobei das Zentrum auf die Probe seiner demokratischen Ehrlichkeit gestellt werde. Bisher habe es sich unter allerhand Ausflüchten um eine klare Stellungnahme herumgedrückt. Außer dieser Wahlkreisneueinteilung müsse aber auch eine materielle Reform des Dreiklassenwahlrechts in Angriff genommen werden, so lange das Zentrum in der Opposition gegen die Regierung stehe. Allerdings würden hierbei die Nationalliberalen wahrscheinlich versagen. Endlich sei auch für alle Fragen der Sozialreform mit Einschluß der Reform des Koalitionsrechtes die gegenwärtige oppositionelle Stellung des Zentrums im demokratischen Sinne verwendbar.

Man wird diesen Vorschlägen Theodor Barths die Logik schwerlich absprechen können. Herr Barth hat damit dem Freisinn einen gangbaren Weg gezeigt, jene demokratischen Forderungen durchzusetzen, die er als Dank für seine der agrarischen Reaktion geleisteten Liebesdienste unmöglich erwarten kann. Würde der Freisinn wirklich nach dem Vorschlag Barths verfahren, so würde er das Zentrum und auch die Nationalliberalen entweder zur Mitarbeit zwingen, oder doch in tödlicher Weise vor der Öffentlichkeit blamieren!

Trotz alledem ist gar nicht daran zu denken, daß der Freisinn den Ratschlägen Barths Gehör schenken wird. Ein Einschlagen der von Barth empfohlenen Taktik setzte eben voraus, daß es dem Freisinn selbst ernst mit seinen liberalen demokratischen Forderungen sei. Dem Freisinn ist es aber mit seinen demokratischen Prinzipien ebensowenig ernst, als den Nationalliberalen und dem Zentrum. Er wird gar nicht daran denken, die so schmählich durch Prinzipienverleugnung erkaufte Gunst der Regierung durch eine wahrhaft liberal Politik wieder zu verscherzen. Die den Freisinn repräsentierenden bürgerlichen Schichten schützen vielmehr freisinnige Prinzipien nur vor, freuen sich aber in Wirklichkeit darüber, daß die Reaktion stark genug ist, sich der Verwirklichung dieser Prinzipien entgegenstemmen zu können!

Herr Barth hat freilich gezeigt, daß der Reaktion eine reaktionäre Politik nur möglich ist, wenn sie der Freisinn dabei unterstützt! Schlüge der Freisinn den Weg, den ihm Herr Barth gezeigt, wirklich ein, so würde er zwar Zentrum und Nationalliberale wieder der Regierung in die Arme treiben, gleichzeitig aber auch durch die Bloßstellung der Verrätereien dieser Parteien dahin arbeiten, daß sich bei künftigen Reichstagswahlen eine reinliche Scheidung zwischen Reaktion und Demokratie vollzöge! Und es wäre ganz zweifellos, daß die Demokratie schließlich obsiegen würde! Aber der Sieg der Demokratie bedeutete schließlich auch die Niederlage des kapitalistischen Ausbeutertums und seiner Interessenvertretung. Einen solchen Sieg fürchten aber die liberalen Ausbeuter nicht weniger als die agrarischen Volksunterdrücker. Daher ihr Kartell gegen jeden ernsten politischen und sozialen Fortschritt!

Fiasko. Im vorigen Jahre erntete Herr v. Stengel, der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, großen Ruhm. Er verstand die damalige „Forderung des Tages“: dem Reiche Geld zu schaffen. Er führte die Finanzreform durch, die uns auf lange Zeit hinaus vor den unangenehmsten Sorgen schützen sollte. Nach eingehenden und mühseligen Debatten im Reichstage kam die Reform zustande. 170 Millionen Mark neue Steuern wurden bewilligt. Herr v. Stengel war der Mann des Tages. — Heute ist er's nicht mehr. Die Herbsttage stellten andere Forderungen, und Bernhard Dernburg wurde ihr Prophet. Bernhard Dernburg machte die Auflösung des Reichstages und die Reichstagswahlen. Er setzte auch die Bewilligung größerer Mittel durch und — brachte so wieder Herrn von Stengel zu Ehren. Die neuen Steuern, die der vorige Sommer gebracht hat, genügen nicht mehr, die Verlegenheit ist wieder im Reichsschatzamt eingekehrt, die Finanzreform hat ein völliges Fiasko erlebt. Die „Köln. Volkszeitung“ berichtet bereits, daß im Reichsschatzamt eine neue Steuervorlage ausgearbeitet wird, die im wesentlichen auf einer Tabakfabrikatssteuer nach dem Muster der Zigarettensteuer beruhen soll.

Offiziöses Pharisäertum. Genosse Bebel hat in seiner letzten Reichstagsrede auch wieder auf jenes Wort hingewiesen, wonach durch die Reichstagsauflösung die „ganze Bande“ auseinandergejagt werden sollte. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt nun, daß sie bereits in ihrer Nummer vom 18. Dezember diese Geschichte als eine „plumpe Erfindung“ bezeichnet habe. Da Bebel sie trotzdem aufs neue in Umlauf gesetzt habe, bekunde er „wiederum den oft an ihm beobachteten Mangel an Gewissenhaftigkeit in der Benutzung von Zeitungsnachrichten“. — Es ist eine geradezu lächerliche Vermessenheit, wenn das Sprachrohr einer Regierung, die sich an den Schwindeleien des Reichslügenverbandes in so skrupelloser Weise beteiligt hat, gegen Bebel einen solchen Vorwurf zu erheben wagt. Auch sollte die „Nordd. Allg. Ztg.“ doch nicht vergessen, daß sie in niedrigster Skandallüsternheit jene ebenso alberne wie infame Lüge verbreitete, daß Bebel und Singer in einem Weinlokale in einer durch reichlichen Sektgenuß verursachten Animiertheit eine rührende Szene aufgeführt hätten. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ brachte nicht nur diese Notiz, die den Stempel der Lüge an der Stirn trug, sondern sie machte sich trotz der Entgegnung auch weiterhin zum Verbreiter dieser Lügennachricht. Im übrigen hat die „Nordd. Allgem. Ztg.“ nicht das mindeste Recht, von ihr bestrittene Dinge einfach als widerlegt auszugeben. Sie hatte während des Wahlkampfes bekanntlich wiederholt mit Emphase versichert, daß das Wort von den „vaterlandslosen Gesellen“ niemals gefallen sei. Genosse Fischer hat jedoch dem gegenüber feststellen können, daß diese bestrittene Wendung tatsächlich gebraucht worden ist!

Mein Liebchen, was willst Du noch mehr . . . Wilhelm II. hat eine neue Denkmünze gestiftet und zwar für die Südwestafrika-Krieger und deren Helfer. Eine Bronzemünze erhalten diejenigen, die direkt am Kriege beteiligt gewesen sind, während diejenigen, welche an den Vorbereitungen zur Entsendung der Truppen, an dem Transport 2c. in hervorragender Weise teilnahmen, eine Münze aus Stahl erhalten sollen.

Rußland.

Politische Attentate. Man schreibt der „Russ. Korr. aus Petersburg: In zehn Monaten des Jahres 1905 wurden durch politische Attentate insgesamt 948 Personen getötet und verwundet. Im Jahre 1906 ist nach der neuesten statistischen Aufnahme diese Zahl auf 4262 Personen gestiegen. Von diesen wurden auf der Stelle 1447 getötet; schwer verletzt wurden 2040 Personen, leicht verletzt 272. Über den Rest fehlen genaue Mitteilungen. Von den Getöteten und Verwundeten waren Minister, Generalgouverneure und einfache Gouverneure 52, höhere Polizeioffiziere 24, mittlere Polizeioffiziere 268, Stadtsergeanten 404, Gendarmerieoffiziere 120, „Spitzel“ 151, militärische Offiziere 172, Soldaten u. Kosaken 513, Lehrpersonen 58, andere Beamte 271, landwirtschaftliche Beamte 61, Geistliche 55, ländliche Besitzer 210, Fabrikanten 109, Bankiers 318, zufällig Getötete oder Verwundete 818.

Die Reichsduma beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, viermal wöchentlich Sitzungen abzuhalten und zwar Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags. Die Sitzungen werden um 11 Uhr vormittags eröffnet und um 6 Uhr abends geschlossen. Freitags sollen die Sitzungen um 2 Uhr nachmittags beginnen, damit die muselmanischen Abgeordneten die Moschee besuchen können. Stakhowitsch (Kadett) fordert die sofortige Beratung des Antrages auf Abschaffung der Feldgerichte. (Lärm auf den Bänken der Rechten.) Der Präsident läßt darüber abstimmen. Die Duma beschließt mit großer Mehrheit, zur sofortigen Beratung des Antrages überzugehen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Wladimir Hessen. Die Beratung über den Antrag gestaltet sich sehr lebhaft. Alle Minister, mit Stolypin an der Spitze, wohnen der Sitzung bei. Da 70 Redner vorgemerkt sind, dürfte die Beratung vielleicht noch mehrere folgende Sitzungen ausfüllen. Im Laufe der Debatte halten die Redner die Kadetten und der Linken überaus heftige Ansprachen. Kusmin Karawajew sagt, er protestiere gegen dieses Blutvergießen, wie man es selbst in China nicht kenne und beantragt, den Ministerpräsidenten aufzufordern, er solle sofort an die Generalgouverneure telegraphisch den Befehl ergehen zu lassen, mit der Vollstreckung der Urteile der Kriegs- und Feldgerichte innezuhalten und die bisher gefällten Urteile, soweit sie auf Zwangsarbeit lauten, zu revidieren. Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Duma einmütig sein werde in der Verurteilung dieser Gerichte. Die sozialistischen Abgeordneten und die Arbeitspartei tadeln in schärfsten Ausdrücken die Handlung der Regierung. Bulatt weist darauf hin, daß nicht alle Generalgouverneure russische Namen tragen. Die Redner der Rechten, Sebulgin, Kruschewan und Petruschkewitsch betonen die Notwendigkeit von außerordentlichen Maßnahmen, solange die Revolution wütet. Der Moskauer Advokat Makeskow (Kadett) hält eine lange eingehende Rede, in der er sagt, die Staatsgewalt dürfe nicht die Revolutionstribunale nachahmen. Das Feldgericht sei eine Einrichtung ohne Vorgang. Es unterdrücke das Gesetz und werde die Revolution zertrümmern, aber nur Wilde würden in diesen Trümmern übrigbleiben. Redner sei davon überzeugt, daß Stolypin, der doch einen konstitutionellen Staat schaffen wolle, nichts gegen die Abschaffung der abscheulichen Einrichtung habe, welche die Menschen wie Vieh töte und nichts mit der Justiz gemein habe. — Die Sitzung wurde darauf eine Stunde unterbrochen. — Die Redner der Polen, der Muselmanen und der Oktobristen schließen sich nach Wiederaufnahme der Sitzung dem Antrage der Kadetten auf Abschaffung der Feldkriegsgerichte an. Das Mitglied der Kadettenpartei Teslenko greift die Regierung an. Er sagt, man müsse immer mehr und immerfort von einer so monströsen Einrichtung sprechen, wie es die Feldgerichte seien, und die ganze Welt darauf hinweisen. Der Priester Tikhwinsky hält eine Rede, die vom christlichen Standpunkte aus die Frage beleuchtet. Der Redner beschuldigt die Regierung, daß sie die christliche Lehre unberücksichtigt lasse und sich zum Mörder mache. Er wendet sich dann an die zwei der Duma als Mitglieder angehörenden Bischöfe, die er dringend bittet, die Todesstrafe zu verdammen. Bischof Eulogius erklärt daraufhin unter donnerndem Beifall, er verdamme jeden Mord und spricht sich gegen die Todesstrafe aus, bittet aber die Duma, auch die Taten der Terroristen zu verdammen. Da das Haus ermüdet ist, wird um 6 Uhr abends die Sitzung vertagt. Für heute haben sich noch 52 Redner angemeldet.

Schweiz.

Wir „Wilden“ sind doch bessere Menschen! So können die Schweizer von sich sagen. Die Erziehungsbehörde des Kantons St. Gallen hat mittels Rundschreiben die Schulgemeinden des Kantons aufgefordert, alle Lehrergehälter, welche nur das gesetzliche Minimum von 1400 Franks betragen, zu erhöhen. In dem Staate, dessen Lobpreiser anmaßlich behaupten, daß er an der Spitze der Kultur marschiert, verbietet dagegen der Kultusminister — nicht zu verwechseln mit Kulturminister — den Gemeinden, ihren Lehrern höhere Gehälter zu zahlen und beanstandet dahingehende Beschlüsse.

Frankreich.

Der marokkanische Zwischenfall. Der Ministerrat beschloß gestern einstimmig, Adjida solange zu besetzen, bis die marrokanische Regierung der französischen Genugtuung für die Ermordung des französischen Arztes gegeben habe.

Bulgarien.

Zu stürmischen Szenen kam es gestern in der Sobranje anläßlich der Beratung des Gesetzentwurfes über die Abänderung des Preßgesetzes. Dieser Gesetzentwurf bezweckt die Knebelung der Presse nach russischem Muster. Es kam zu einem Handgemenge zwischen den Abgeordneten der Opposition und der regierungsfreundlichen Majorität. — Die radikalen Demokraten beschlossen in einer Protestversammlung mit allen Mitteln den Kampf gegen die Regierung, die sich mit dem Einbringen des Preßgesetzes einer Verfassungsverletzung schuldig gemacht habe, aufzunehmen.

Rumänien.

Der Bauernaufstand greift immer weiter um sich. Die ganze Moldau und die nördliche Walachai gleichen einem Kriegsgebiet. Alle Städte sind militärisch besetzt; niemand ist auf den Straßen zu sehen. In Galatz, wo die Bauern die Regierungs- und Hafengebäude in Brand zu stecken drohten, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Bauern und Militär. 25 Tote blieben auf dem Platze. Mehrfach sollen eingezogene Reservisten die Bauern anführen. Die Preßfreiheit ist eingeschränkt, die Zeitungen gelangten nicht mehr aufs Land. Das Kabinett Sturdza beabsichtigt, alle Präfekten durch neue zu ersetzen. Nach den letzten Meldungen wird Turnu Magurel von 6000 aufrührerischen Bauern unter Führung von Lehrern und Geistlichen bedroht. Alle Pachtgüter in der Umgegend sind niedergebrannt. Ein Pächter wurde in Heu gewickelt und vor den Augen seiner Familie verbrannt, die Kinder wurden darauf in Stücke gehauen. Die Infanterie soll im Kampf mit den Aufrührern versagt haben; sie weigern sich, gegen ihre Brüder einzuschreiten. Die Kavallerie zeigte sich williger. Auch der Kreis Giurgewo ist in Aufruhr, und die Stadt selbst wird, obwohl von Militär beschützt, bedroht. — Das Ministerum hat infolge der Bauernunruhen demissioniert; Sturdza ist mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden.

Zentralamerika.

Ein Sieg der Revolutionäre. Aus Managua wird telegraphisch gemeldet, daß dort Nachrichten vom Kriegsschauplatze eingetroffen sind, welche besagen, daß die vereinigten Armeen der Revolutionäre von Nicaragua und Honduras die honduranische Armee des Präsidenten Bonillas bei Maraita nach zehnstündigem heftigen Kampfe geschlagen haben. Unter den Gefangenen befinde sich der honduranische Kriegsminister General Sotero Barahona, der schwer verwundet sei.

Soziales und Parteileben.

Zum Konflikt im Schneidergewerbe schreibt der „Konfektionär“, daß die nächste Sitzung des Arbeitgeberverbandes am Dienstag, 26. März, in München stattfinden soll und daß es dann sehr wahrscheinlich zu einer Generalaussperrung kommt, was bedeuten würde, daß wenigstens 25 000 Arbeiter ausgesperrt werden würden, die pro Woche 350 000 Mk. beanspruchen. Ganz so schlimm ist es nun nicht, da der Arbeitgeberverband mit seiner Organisation, selbst wenn alles klappt, höchstens 15 000 der Mitglieder des Schneiderverbandes auf die Straße setzen kann, während sie 23 000 seiner Mitglieder mit ihrem Verbande nichts anhaben können. Hinzu kommt, daß die Arbeitgeber bezüglich der Dauer der Aussperrung sich gründlich verrechnen werden und sich gerade jetzt in der Hochsaison mit ihren Beschlüssen ins eigene Fleisch schneiden würden. Sowie die Witterung etwas zum Bessern umschlägt, sind selbst bei normaler Leistung der Arbeiter nicht einmal die Aufträge der Kundschaft zu befriedigen. Die nichtaussperrenden Arbeitgeber und die Konfektionäre sind in diesem Kampfe also die lachenden Dritten.

Einigung in München-Gladbach. Sonnabend abend wurde in der Textilarbeiterbewegung eine Einigung erzielt, sodaß am Montag in sämtlichen Webereien und Spinnereien die Kündigungen zurückgezogen werden. Die Weber erhalten eine fünfprozentige Lohnerhöhung. Damit ist die drohende Gefahr einer Aussperrung beseitigt.

Neues Arbeitersekretariat. Am 1. April d. J. wird in Königsberg ein Arbeitersekretariat eröffnet. Als Sekretär ist Genosse Stolte, bisher Frankfurt a. M., engagiert worden.

Die Mannheimer Haupt- und Staatsaktion gegen den „Schnupftabak" geht weiter. Im Zeugniszwangsverfahren gegen den Redakteur Oskar Geck wurde der Haftantritt Gecks zu Dienstag angeordnet. Außerdem wurde auf 100 Mk. Geldstrafe erkannt. Beschwerde ist eingelegt.

Die gutgesinnte Presse als Sklavenvermittlerin. Allüberall, in der „nationalen" Presse sowohl als den frommen Zentrumsblättern, prangen jetzt die großen Inserate der Hamburger Scharfmacherclique, in denen Arbeitswillige für den Hamburger Hafen gesucht werden. Wo der Rebbach winkt, öffnet die Kapitalistenpresse bereitwilligst die Spalten, vom „unparteiischen" Generalanzeiger bis zum letzten Kreisblatt. In der katholischen „Westfälischen Volkszeitung", dem Publikationsorgan der christlichen Gewerkschaften, stand am Donnerstag folgendes Inserat:

Gesucht für sofort:
4—5000 Arbeiter
nach Hamburg
zur Entladung und Beladung von Schiffen, Bekohlung derselben und ähnliche Schiffs- und Hafenarbeiten.
Tagelohn für 9stündige Arbeitszeit 5.— Mk., für Überstunden 1.— Mk. Reise, Wohnung und Beköstigung frei. Arbeiter, die darauf reflektieren, wollen sich sofort mit Papieren melden Gelsenkirchen, Schalkerstr. 48.

In Hamburg sperrt man die Arbeiter aus, weil sie nicht noch länger als 36 Stunden schuften wollen, hier schwindelt man von neunstündiger Arbeitszeit. Und dabei wird in derselben Nummer dieses Blattes über die Hamburger Aussperrung berichtet; man handelt also nicht aus Unkenntnis, sondern aus schmutziger Profitsucht.

Das Seil war schadhaft. Im preußischen Herrenhause hat der Oberberghauptmann v. Velsen die überraschende Mitteilung gemacht, daß das Förderseil auf dem Mathildenschachte an der Bruchstelle sehr schadhaft war; wodurch aber diese Schadhaftigkeit verursacht ist, weiß man nicht. Man nahm, so fuhr Herr v. Velsen fort, bisher an, daß die Seile vor allem an der Stelle, wo sie am Förderkorb befestigt sind, abgenutzt würden. Es ist möglich, daß die vorgeschriebene tägliche Revision in der letzten Zeit nicht immer vorschriftsmäßig stattgefunden hat, wenigstens liegen einige Aussagen noch nicht vereidigter Bergleute in dieser Richtung vor. Damit vergleiche man nun, was die königl. Bergwerksdirektion in ihrem offiziellen Organ, dem „Bergmannsfreund", gerade über diesen Punkt erklären ließ: Es heißt in der Erklärung:

Das gerissene Förderseil lag seit dem 2. Oktober 1904 auf. Es ist am 19. Februar d. J. der vorgeschriebenen Zerreißungsprobe unterworfen worden und hat dabei 7,87fache Sicherheit bei der Produktenförderung gezeigt. Die vorgeschriebene Sicherheit ist sechsfach. Die Proben gaben zu irgend welchen Bedenken keinen Anlaß. Bei der am 16. März vor Beginn der Seilfahrt vorgenommenen Revision wurde das Seil vollständig in Ordnung gefunden. Maschinenwärter und Anschläger haben während der Nachtschicht und während des Einhängens der ersten drei Körbe irgend welche Beobachtungen nicht gemacht, die auf einen Seilschaden hätten schließen lassen.

Wenn man nicht annehmen soll, daß der Oberberghauptmann im Herrenhause Beschuldigungen ausgesprochen hat, für die ihm die Beweise fehlen, dann ist die offizielle Erklärung im „Bergmannsfreund" eine gewissenlose Irreführung der Oeffentlichkeit. Wenn man sich die Gewissenlosigkeit vergegenwärtigt, die ruhig erklärt, das Seil sei wenige Minuten vor dem Unglück vorschriftsmäßig untersucht und in Ordnung befunden worden, dann kann man auch glauben, was uns berichtet worden ist, daß nämlich die Schadhaftigkeit des Seiles schon seit 14 Tagen gemeldet gewesen ist. Es gewinnt fast den Anschein, als liege eine unverantwortliche Leichtfertigkeit dem Unglück zugrunde, die hoffentlich ihre gerechte Strafe finden wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 26. März.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.
Die Streikleitung.

Achtung Maler! Ueber den Nachweis des Arbeitgeberverbandes der Maler ist seitens der organisierten Gehilfen die Sperre verhängt worden.

Die Sperre über die Firma Braeck u. Störmer, welche seitens der Steinarbeiter verhängt war, ist aufgehoben worden, nachdem die Differenzen geregelt sind.

Achtung, Radler! Die Fahrradabgabe ist in der Zeit vom 1. bis 15. April d. Js. an den Werktagen täglich vormittags von 9 bis 1 Uhr nachmittags von 3 bis 5 Uhr an der Kasse des Polizeiamtes (jetzt Mengstraße Nr. 4, Vorderhaus, 1 Treppe) zu zahlen. Die Abgabe wird jedoch schon jetzt in den vorerwähnten Geschäftsstunden entgegengenommen. Etwaige Anträge auf Ermäßigung der Abgabe auf 3,00 Mk. (§ 4 des Gesetzes vom 18. März 1899) sind ebendaselbst zu stellen unter Vorlegung des Einkommensteuerzettels.

Der Held von Friedrichshof, Herr Lange aus Hannover, gab am letzten Sonnabend im Konzerthaus Fünfhausen wieder einmal eine Gastrolle. Die hiesigen Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter hatten sich ihn als Referenten auserkoren. Das Bureau erinnerte in seiner Unbeholfenheit recht lebhaft an das des Reichstages, und hätte nicht der Referent in den vielen „schwierigen Fällen" ein Machtwort gesprochen, wer weiß, welche Zicken der Herr Vorsitzende sich dann noch geleistet hätte. Nachdem endlich die Versammlung eröffnet war, begehrten die Anhänger der freien Gewerkschaften Auskunft, ob und inwieweit Redefreiheit zu erwarten sei. Der Vorsitzende durfte dann wiederkauen: Je nach der noch verfügbaren Zeit. Nun erteilte sich Herr Lange das Wort zu seinem Referat über Zwecke und Ziele der Gewerkvereine und die Stellung derselben in der Arbeiterbewegung. Zunächst rief der Referent den Anwesenden ins Gedächtnis, daß er in einem schlechten Ruf stehe, weil er sich für die Kandidatur Klein bei der letzten Reichstagswahl ins Zeug legte. Er habe aber lediglich als Privatmann gehandelt, was bei den „Genossen" oder „Ochsen", wie er die freigewerkschaftlich Organisierten im Gegensatz zu seinen „Hirschen" zu benennen beliebte, ja auf keinen Fall möglich sei. Rexhäusers Ausspruch in Hamburg sei ganz treffend, wenn er meinte, daß die Genossen nur das sagen dürften, was vorgeschrieben wird. Ganz anders bei den Hirschen, da könne jeder seine Meinung sagen, vorausgesetzt wohl, daß sie eine haben. Und nun sollte das eigentliche Referat folgen. Aber auch ein Anfänger in Gewerkschaftssachen dürfte schwerlich etwas Seichteres und Inhaltloseres zum Besten geben können, wie eben dies „Referat". Von den versprochenen Belehrungen über Zwecke und Ziele der Gewerkvereine hörte man herzlich wenig. Desto mehr aber wurden die freien Gewerkschaften heruntergerissen. Etwas Neues hatte Herr Lange aber doch mitgebracht, daß nämlich die Mitglieder der freien Gewerkschaften in hellen Scharen ihre Organisation verlassen und Gewerkvereine, Marke H.-D., gründeten. Daher komme es auch, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in den vierzig Jahren ihres Bestehens es schon auf 100 000 Mitglieder brachten, während die freien Gewerkschaften in der viel kürzeren Zeit es erst auf annähernd zwei Millionen Mitglieder bringen konnten. Und ähnlich läge es auch mit den Kassenverhältnissen. No, da hatte er es den „Genossen" aber gründlich besorgt! Es wäre selbstverständlich eine noch größere Abkehr von den freien Gewerkschaften zu verzeichnen, wenn nicht durch Brutalität und Zwang die Genossen so sehr gehalten würden. Und sofort „bewies" Herr Lange, wie's gemacht wird. Sitzt da in einer hiesigen Wirtschaft ein Mann, der noch nicht den Mut hatte, einer freien Gewerkschaft beizutreten. Aber schon öffnet sich die Tür, herein tritt ein Genosse und bedeckt den Ahnungslosen über und über mit Zigarrenasche. Seh'n Sie, das ist der Terrorismus! Ein anderer „Beweis": Vor einer hiesigen Wirtschaft haben sich 60 (sechzig) Mann, jedenfalls streikende Tischler, zusammengerottet, um 1 (einen) Streikbrecher zu verhauen. Leider konnte Herr Lange nichts über den Ausgang dieser Zusammenrottung berichten; denn nach unserer Meinung hätten diese 60 Mann dem einen doch ganz sicher „über" sein müssen. Zum Schluß meinte der Referent, die Zeit sei gekommen, in der die Arbeiter die H.-D. Gewerkvereine als ihre wahren Freunde anerkennen werden. — Nun setzte eine äußerst interessante Diskussion ein. In nicht ungeschickter Weise wurde so manche „Waffe" des Referenten zum alten Eisen geworfen. Den winzigen Mitgliederzahlen und dito Kassenleistungen stellte man mit Recht die Riesenarmee und die großartigen Kassenleistungen der freien Gewerkschaften gegenüber. Herr Lange meinte, das wären nur Zahlen. In gebührender Weise zog man auch die Gründung des hiesigen Vereins der H.-D.-Holzarbeiter, bekanntlich aus arbeitswilligen Tischlern zusammengesetzt, in die Debatte. Es sei eine Schande und bezeichnend für die Art der gewerkschaftlichen „Tätigkeit" der Hirsche, daß man in dieser Weise den Streikbrechern einen Rückhalt zu bieten suche. Die Meister im Tischlergewerbe waren sich klar über ihre Mitwirkung an dieser Gründung, suchen sie doch mit Hinweis auf diesen Verein Arbeitswillige heranzulocken. Aber zum Glück beweisen die hierhergelotsten Tischler der H.-D.-Richtung mehr Charakter wie ihre Gründer und Herr Lange. Drückte sich doch dieser Herr trotz mehrfacher Anzapfung mit großem Ungeschick um eine Beantwortung der Frage, wie er sich zu dieser Gründung verhalte. Keine Antwort muß man sich dann so auslegen, daß die Hirsche froh über jeden Zuwachs sind, mag er kommen, woher er wolle, ja selbst während eines Streiks scheut man sich nicht, Arbeitswillige liebevoll ans Herz zu drücken. Unsere Achtung vor den Gewerkvereinen ist wahrlich nicht gehoben worden durch diese Geburtshilfe bei den arbeitswilligen Tischlern. Recht unbequem war es Herrn Lange, daß man seinem Zitat Rexhäusers ein anderes gegenüberstellte, in welchem die Hirsche nicht gerade gelobt wurden. Einen in Berlin von den H.-D. mit den Unternehmern geschlossenen Tarif, durch den sich die Hirsche schon jetzt gesichert haben, daß sie bei der bevorstehenden Lohnbewegung nicht streiken „können", bestritt Herr Lange einfach. Erst als ihm der Tarif schwarz auf weiß mit der Unterschrift eines H.-D. Generalratmitgliedes unter die Nase gehalten wurde, mußte er wohl oder übel, wenn auch erst nach gehöriger Nötigung, eingestehen. In seinem Schlußwort, das übrigens länger war als das Referat, kam dann der gewohnte Trick wieder zur Anwendung. Erst ein nichtssagendes Referat, und schließlich ganz neue Momente auftischen oder die Worte der Diskussionsredner verdrehen, das ist so sein Brauch. War schon Langes Lunge kräftig, seine Verdrehungen warens mindestens auch. Und nun trat noch einmal der Vorsitzende in Tätigkeit. Es war nämlich eine Resolution eingegangen, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Versammelten mit Langes Ausführungen nicht einverstanden seien, sondern nach wie vor die freien Gewerkschaften als die einzig berechtigte Vertretung der Arbeiter erklärten. Der Vorsitzende war fassungslos, denn über den Ausfall der Abstimmung war er sich nicht im Zweifel. Herr Lange gab der Versammlung den Rat, ruhig die Resolution anzunehmen. Aber schließlich gestattete der Vorsitzende nur den Hirschen das Recht zum Abstimmen. So mußte sich denn die Mehrheit damit behelfen, daß durch Zuruf aus der Versammlung zur Abstimmung aufgefordert wurde. Das Ergebnis war nicht zweifelhaft und wurde jubelnd verkündet. Um 2 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Während nun der „Unparteiische" und die „Eisenbahn-Zeitung" denselben Bericht über diese Versammlung, allerdings unter vollständiger Entstellung des ganzen Herganges, bringen, leistet sich das Amtsblatt mal wieder „etwas Extraes". Daß da die „Genossen" schlecht wegkommen, braucht nicht gesagt zu werden. Selbst die Vertreter der Presse sollen belästigt sein; ob's wohl wahr ist? Pöbelhaft sollen sich den ganzen Abend die „Genossen" betragen haben. Es ist aber nicht viel etwas anderes, wenn in einer so unsauberen Weise die Tatsachen auf den Kopf gestellt werden. Der „Vertreter der Presse" will nämlich so tun, als hätten die Anhänger der freien Gewerkschaften nach und nach Verstärkung geholt, um die Resolution durchzudrücken. Zu diesem Zwecke wären auch die Reden der Diskussionsredner immer länger geworden. O, heilige Einfalt! Muß der „Vertreter" aber schlau sein! Die Redezeit wurde vom Vorsitzenden auf eine Viertelstunde festgesetzt, und nicht von jedem wurde sie voll ausgenutzt. Nur einmal, mit Zustimmung des Vorsitzenden, gabs noch etwas dazu! Und dann war der Eintritt nur gegen Karten gestattet. Woher sollten nachts die Karten genommen werden? Und die Zugekommenen? Sind die etwa mit rauher Hand Morpheus Armen entrissen? Solch dumme Mätzchen können doch eigentlich selbst von Lesern des Amtsblattes kaum geglaubt werden. Da verstehts aber Herr Lange besser! Vielleicht erteilt der Herr dem „Vertreter der Presse" Unterricht; Gelegenheit würde sich bald finden, da Herr Lange sein Wort gab, nächstens in einer Versammlung der freien Gewerkschaften zu erscheinen, um sich zu verantworten wegen seiner Verdrehungskunststücke. Ob er wohl Wort hält?

b. **Die Innung der Barbiere, Friseure und Perückenmacher** befaßte sich in einer am Montag im „Bürgerverein" abgehaltenen Versammlung mit dem nun schon zum fünften Male von der Behörde abgelehnten Antrag, den 86 selbstständige Mitglieder gestellt haben und der bezweckt, am 2. Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag den Gewerbebetrieb zu schließen. Der Vorstand hatte sich ein reichhaltiges Material gesammelt, von 43 in die verschiedensten Gegenden Deutschlands abgesandten Anfragen wurden 38 und zwar meist günstig beantwortet. Überall war zu konstatieren, daß die anfänglichen Gegner der Neueinführung nachher zu Freunden derselben wurden; auch die Behörden kamen den Antragstellern meist zustimmend entgegen, nur Lübeck mache davon eine unrühmliche Ausnahme. Es brach sich im Laufe der Debatte die Anschauung Bahn, daß in Lübeck die Personenfrage eine Rolle spiele, und wenn auch die Meinung eines Redners: Würde der Polizeisenator einen Vollbart tragen, hätten wir längst eine dahingehende Verordnung, nicht wahr, sondern nur gut erfunden ist, so zeugt sie doch von der Tatsache, daß die vom Polizeiamt gegen den gesetzlichen Schutz der Schließung angeführten Gründe nicht stichhaltig sind. Von der freiwilligen Schließung verspricht sich der Vorstand nicht viel, weil das „Geschäftsinteresse" mancher Meister dem andern Schaden zufüge. Unseres Erachtens wäre aber die strikte Durchführung eines solchen Beschlusses, an dem von 61 der Innung angehörenden Mitgliedern 86 partizipieren, der einzige Ausweg, um dem Verhalten der Behörde gegenüber etwas Positives zu vollbringen. Von Interesse war noch zu hören, daß schon der „jungen Leute" wegen — soll heißen Gehilfen — die Ruhetage geboten seien, denn ein immerwährender Wechsel sei nicht von Vorteil. Wenn sich die Meister nicht zur Selbsthilfe entschließen, wird es Aufgabe der Gehilfen sein, durch eine straffe Organisation — die leider jetzt noch fehlt — sich ihr Recht zu erzwingen, anstatt bis auf St. Nimmerleinstag auf die Gnade der Behörde zu warten. Eine Resolution, die die Gründe der Behörde nicht anerkennt und besagt, weiter für den Antrag einzutreten, wurde zum Schluß angenommen.

Den Mitgliedern des Vereins „Öffentliche Lesehalle" sei hiermit in Erinnerung gebracht, daß die Jahresversammlung heute, Dienstag, den 26. ds., abends 9 Uhr, in Dölles Hotel, Am Kohlmarkt, stattfindet.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Als letzte volkstümliche Vorstellung zum Einheitspreise von 50 Pfg. wird morgen Mittwoch das Vers-Lustspiel „Renaissance" letztmalig wiederholt. Donnerstag wird die Novität „Unsere Käte" zum ersten Male wiederholt. Freitag bleibt das Theater geschlossen, während Sonnabend die letzte Schüler-Klassiker-Vorstellung, und zwar „Minna von Barnhelm", in Szene geht. An beiden Osterfeiertagen finden Nachmittags- und Abendvorstellungen statt. Sodann wird das Theater auf zehn Wochen geschlossen, währenddessen die Umbauten vorgenommen werden.

Im Variete Universum findet heute abend eine Benefizvorstellung für die Duettisten Reimann statt. Die Aufführungen scheinen sehr interessant und unterhaltend zu werden; wir möchten hierdurch auf das Benefiz besonders hinweisen.

Hamburg. Die Aussperrung im Hafen. Seit gestern mittag ruht die Arbeit im Kuhwärderhafen auf sämtlichen dort liegenden Schiffen. Die dort beschäftigten englischen Arbeitswilligen verweigerten die Arbeit und gerieten sich in die Haare. Es entstand dann eine allgemeine Rauferei. Ein großes Aufgebot von Hafenpolizisten und Schutzleuten ist dort hinbeordert worden. — Deutsche Arbeiter als Gefangene Ballins, dies klingt unglaublich, ist aber wahr. Zirka hundert deutsche Arbeiter, welche von den Menschenhändlern durch Vorspiegelung unwahrer Tatsachen nach hier gelockt sind, entflohen — zur Erkenntnis der Situation gekommen — ihrem schwimmenden Gefängnis. Sie wandten sich hilfesuchend an den Vorstand der Schauerleute. Obgleich die Leute keinen Vertrag abgeschlossen haben, verweigert ihnen Ballin die Herausgabe ihrer Invalidenkarte und ihres Zeuges und Gepäcks. Der Vorstand der Schauerleute wandte sich nun sofort an die Hafenpolizei, aber bis jetzt ist noch nichts geschehen. Die Leute stehen auf der Straße mittel- und obdachlos. Sie wollen unter keinen Umständen Streikbrecherarbeiten verrichten noch viel weniger sich freiwillig in die Gefangenschaft Ballins begeben.

Aus Nah und Fern.

Explosion. In einer Artilleriewerkstatt in Zaandam explodierte während eines Versuches ein Geschoß, wodurch ein Arbeiter getötet, ein Offizier tödlich und zwei Soldaten weniger schwer verletzt wurden.

Schrecklicher Tod. Nach einer Meldung aus Straßburg wurden in Ars zwei Gießer in einem Trockenraum von der Hitze betäubt und schliefen ein. Am anderen Morgen wurden sie geröstet aufgefunden.

Mord. In seiner Wohnung in Warschau wurde ein Bankbeamter ermordet aufgefunden; auch ein Dienstmädchen war tot.

6 Arbeiter verschüttet. Beim Neubau des Postamtes in der Bahnhofstraße in Mainz stürzte die Betondecke ein und verschüttete sechs Arbeiter, die zum Teil schwer verletzt ins Hospital gebracht wurden.

Risiko der Arbeit. Durch den Einsturz von Gesteinsmassen auf dem Basaltwerk in Hessenbühl bei Großalmerode (Provinz Hessen-Nassau) wurde eine Anzahl Arbeiter verschüttet. Ein Aufseher und drei Arbeiter sind schwer verletzt worden; die übrigen wurden gerettet.

Noch mehr auf dem Kerbholz. Aus München wird gemeldet: Gegen den des Mordes an dem Kaufmann Hendschl verdächtigen Zirkusbesitzer Niederhofer ist nunmehr auch Untersuchung wegen Brandstiftung in Innsbruck eingeleitet. Er ist verdächtig, das seiner Mutter vom Magistrat gekündigte Panoramagebäude in Innsbruck im vorigen Jahre in Brand gesteckt zu haben, um die Versicherungssumme zu erlangen.

Preußische Polenpolitik. Graf v. Posadowsky hat als Vertreter des Reichskanzlers die Verbreitung der in Lemberg (Galizien) erscheinenden polnischen Zeitung „Dziennik Polski", nachdem durch rechtskräftige Urteile des Landgerichts zu Posen binnen Jahresfrist zweimal gegen sie Verurteilungen wegen Verstoßes gegen die Paragraphen 41 und 42 des Strafgesetzbuches erfolgt sind, auf Grund des § 14 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 innerhalb des Deutschen Reichs auf die Dauer von zwei Jahren verboten.

Letzte Nachrichten.

Leipzig. Wie das „Leipziger Tageblatt" meldet, ist gestern Mittag die 26jährige Margarethe Roßberg in ihrer Wohnung in Gohlis tot aufgefunden worden. Die Leiche, die nur mit einem Hemde bekleidet war, hatte eine Schlinge um den Hals, die am Bettpfosten befestigt war, um den Anschein eines Selbstmordes zu erwecken. Man vermutet, daß der Täter der Liebhaber der Frau ist. Der Ehemann der Ermordeten vermißte, als er herbeigerufen wurde, einen größeren Barbetrag.

Wiesbaden. Der berühmte Chirurg Prof. v. Bergmann ist an den Folgen einer Operation gestorben.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Unter Garantie der Haltbarkeit werden unter alte emaillierte Töpfe neue emaillierte Böden gesetzt. Mengstraße 19.

Reparaturen an Glas, Porzellan und Marmor (Nieten). Hellgrünergang.

Auf Abzahlung 1 Mark pro Woche.

Möbel

Herren-Anzüge
Damen-Garderobe.

S. Sachs

Hüxstrasse 41.
Ohne Anzahlung für alte Kunden und Beamte.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24

Schweinefleisch	55	Pf.
Karbonade	70	„
Bestes Schmalz	70	„
Beste Gekochte	60	„
Beste Leberwurst	60	„
Sülze	50	„
Braunschweiger	50	„

Wilh. Strobfeldt

Glockengiesserstrasse 73.

Reste! Reste! Reste!

im

Total-Ausverkauf.

Die während des Ausverkaufs angesammelten Reste sollen für jeden irgend annehmbaren Preis ausverkauft werden.

Trotzdem gebe ich auf alle Waren, wie auch auf Reste

25 % Rabatt.

Total-Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäftes.

Wilh. Bartelt

Manufakturwaren

Königstrasse 73, Ecke Hüxstrasse.

Donnerstag, den 28. März
bei Herrn **Dettmann** in Gr.-Parin
werden sämtliche Sachen verkauft:
3 große Bettstellen,
2 Sofas,
1 zweitüriger Kleiderschrank,
1 Küchenschrank,
2 Tische und Stühle,
1 Krautlade,
1 Schiebkarre,
sowie sämtliches Haus- und Küchengerät.

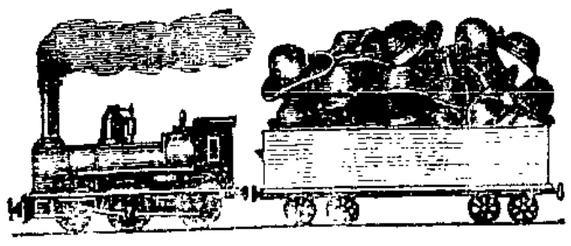
---

16 Holstenstr. 16

und

Königstraße 73, Eingang Hüxstraße.

Grösste Geschäfte dieser Branche am Platze.



Neu eingetroffen:

Hochmoderne Hüte

in jeder Fasson und Preislage in großer Farben-Auswahl.

Sport- und Segelklub-Mützen.
Damen- und Herren-Regenschirme.

Größte Auswahl. Billigste Preise.

Spazierstöcke,

Riesen-Auswahl, enorm billig.

H. Stoppelman, Schirmfabrik und Hut-Magazin,

Königstraße 73 (Eingang Hüxstraße) und 16 Holstenstraße 16.

Gebe rote Lubeca-Marken.

Mittwoch nachmittag von 3—5 Uhr:

Grösseren Posten
Ochsenmarkknochen, sowie **Abfall-Fleisch,**
das Pfund 10 Pfg.

Frisch gesalzene **Schnauzen und Pfoten,**
das Pfund 20 Pfg.

Leicht gepökelte **Rippen,** das Pfund 20, 30 und 40 Pfg.

Kalbsknochen, mit ziemlich viel Fleisch das Pfund 7 Pfg.

Verkauf nur in der Fabrik **Beim Rethteich 14.**

Thüringer

Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik

August Scheere.

Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Die nächste

Mitglieder-Versammlung

findet Freitag, den 29. d. M., nachmittags 5 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstr. 46-52,
statt.

Tages-Ordnung:

1. Diskussion über die in Nr. 12 der Metallarbeiter Zeitung veröffentlichten Anträge zur Generalversammlung in München.
2. Wahl von Bezirksvertrauensmännern.
3. Besprechung über Veranstaltung eines Ausfluges nach Hamburg.
4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

NB. Kollegen, die noch einen Metallarbeiter-Kalender wünschen, machen wir darauf aufmerksam, daß die letzten Kalender in dieser Versammlung abgegeben werden.

Achtung Maler!

Heute Abend 8½ Uhr:

Versammlung

Wichtige Tagesordnung!
Pflicht ist es, daß jeder Kollege erscheint.
Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Extra-Mitgliederversammlung

am Mittwoch, den 27. März
abends 8½ Uhr
Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sparklub ehemal. Säuglinge.

Generalversammlung

am Donnerstag, den 28. März 1907
abends 8½ Uhr
Kupferschmiedestrasse 11.
T.-O.: Abrechnung.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 27. März 1907,
abends 8 Uhr

im Kolosseum:

24. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Paul Hoske (Cello).

Zur Aufführung kommen u. a.:
Charfreitagszauber aus „Parsifal" R. Wagner
Intermezzo aus „Cavalleria rusticana".
Rhadsodie No. 2 — Liszt
Berceuse — Godard.
Programm im Lübecker Konzertanzeiger.

Achtung! Kohlenarbeiter!

Versammlung

am Mittwoch, d. 27. März,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Tages-Ordnung:
Innere Vereinsangelegenheiten.
Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
Der Vorstand.

Universum

Heute Dienstag

Benefiz für **Reimann**
Um 11 Uhr:

Das zweimal vermietete Bett.

L. Puls.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etg.
Vom 24. bis 30. März

TIROL

die Zillerthaler u. Oetzthaler Alpen-Gruppe

Stadt-Theater.

Mittwoch, 27. März. 8 Uhr.
Letzte volkstümliche Vorstellung.
Jeder Platz 50 Pfg.

Renaissance.

Lustsp. i. 3 Akt. v. Schönthan u. Koppel-Ellfeld
Donnerstag: **Unsere Käte.**
Charfreitag: **Geschlossen.**
Sonnabend: Auftret. **H. H. Koch,** Lübeck als **Riccaut** in Minna v. Barnhelm.
Schluß der Spielzeit 1. April cr.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 72. Dienstag, den 26. März 1907. 14. Jahrg.

An die sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter

in Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck.

Parteigenossen!

Der Provinzial-Parteitag zu Rendsburg verpflichtete die Agitationskommission, von Zeit zu Zeit eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter einzuberufen.

Die Agitationskommission hat demgemäß beschlossen, daß Sonntag, den 14. April 1907 vormittags 11½ Uhr, eine solche Konferenz in Altona, in „Willhöft's Klub- und Ballhaus", Blumenstraße 41, stattfinden soll.

Tagesordnung:

1. Wichtiges aus der Städte- und der Landgemeindeordnung für Schleswig-Holstein.
   Referent: Gen. W. Brecour-Kiel.
2. Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen.
   Referent: Gen. Johs. Hinsche-Lägerdorf.
3. Diskussion.
4. Verschiedenes.

Die Genossen, die in Stadt- oder Landgemeinden unseres Agitationsbezirkes als unsere Vertreter gewählt sind, werden ersucht, sich von ihrem Kreisvorsitzenden ein Mandat zur Konferenz ausstellen zu lassen und mit diesem zu erscheinen.

Am Hauptbahnhof in Altona werden am 14. April von morgens 10 Uhr ab einige an roten Schleifen erkennbare Genossen sein, die die Teilnehmer empfangen werden.

Um Erscheinen aller dazu Berechtigten ersucht

Mit parteigenössischem Gruß

Altona, den 22. März 1907.

Die Agitationskommission.
J. A.: Fr. Bartels.

Hier stehe ich! Ich kann auch anders!

Vor mehreren Wochen meldeten wir bereits, daß der Strafantrag der Breslauer Metallarbeiter gegen die Unternehmer der Metallbranche abgelehnt sei, eine Tatsache, die die bürgerliche Presse mit großem Frohlocken wiedergab. Die „Breslauer Volkswacht" bringt nun im Zusammenhang die Darstellung dieses Falles, der allerdings so aufklärend über das Wesen der Klassenjustiz wirkt, daß sie jeder Arbeiter und besonders jeder Gewerkschaftler kennen muß. Die „Volkswacht" schreibt:

Der Sekretär des Metallarbeiter-Verbandes am hiesigen Orte, Genosse Schlegel, wurde beschuldigt, bei den Verhandlungen mit den Unternehmern seiner Industrie im Dezember 1905 zu einem Arbeitgeber gesagt zu haben:

Wenn Sie meinen Ansprüchen nicht gerecht werden, so werden die Gehilfen streiken.

Dafür erhielt er 14 Tage Gefängnis. Denn die drei Instanzen des Gerichts erkannten für Recht, daß

1. Schlegel eine Drohung ausgesprochen hatte, indem er den Unternehmern ein Übel ankündigte und daß
2. eine solche Drohung auch dann strafbar sei, wenn sie von einer wirtschaftlichen Gruppe gegen eine andere, also hier von Arbeitern gegen Arbeitgeber ausgesprochen sei.

Die Breslauer Gerichte folgten dabei der Auslegung des Reichsgerichts, welches seit dem Jahre 1903 den § 153 der Gewerbeordnung als anwendbar auf die Verabredungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, also zwei sich gegenüberstehenden wirtschaftlichen Gruppen, erklärt hatte. Vorher galt die allgemein anerkannte Ansicht, daß dieser Paragraph nur den Zwang unter gleichen Kreisen treffen wolle, also den Zwang des Arbeiters auf den Arbeiter, oder des Unternehmers auf seinesgleichen. Das Gesetz hatte plötzlich eine andere Auslegung erfahren, sein Geltungsbereich war erweitert und die Arbeiterschaft nahm deshalb an, daß diese Erweiterung nicht nur sie allein, sondern auch das Unternehmertum in gleicher Weise treffen müsse. So entstand der Strafantrag der Metallarbeiter gegen die Direktoren, die ebenso wie Schlegel in dem obigen Zitat gedroht hatten:

„1. Wenn die ausständigen Former und Gießereiarbeiter bis zum 11. April, mittags, die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, werden am 12. April sämtliche organisierten Former und Gießereiarbeiter ausgesperrt.

2. Bleibt diese Maßnahme ohne Erfolg, d. h., wird die Arbeit nicht in sämtlichen Gießereibetrieben am 18. April, mittags, wieder aufgenommen, so schließen diese Firmen am 19. April ihre Betriebsstätten, jedoch nur für die organisierten Arbeiter."

Fabrikdirektor Neumann fügte bei einer Unterredung ebenfalls hinzu, die Kommissionsmitglieder möchten die streikenden Former bewegen, die Arbeit wieder aufzunehmen, sonst müßten sie die Folgen selbst tragen.

Denselben Druck, den Schlegel auszuüben versucht hatte, übten also hierdurch die Unternehmer gegen die Arbeiter aus. Müßten sie nicht auch auf zwei Wochen ins Gefängnis? Nein, ein Strafantrag gegen die Fabrikanten wegen Erpressung und Vergehens gegen den § 153, den die Arbeiter gegen die Direktoren anstrengten, um auch ihnen eventuell zu derselben Strafe zu verhelfen, wurde vielmehr vom Staatsanwalt einfach abgelehnt, denn dieser meinte:

Wenn man alle Umstände des Falles in Betracht zieht, so kann in jener Mitteilung des Verbandes an seine Arbeitnehmer über die eventuell nötig werdenden Maßnahmen keineswegs ein Versuch erblickt werden, auf die Streikenden etwa durch die Verringerung der Möglichkeit, von ihren Kollegen Unterstützung zu erhalten, oder durch das Mitleid mit den ihretwegen Auszusperrenden einen Zwang auszuüben.

. . . Eine versuchte Erpressung liegt schon deshalb nicht vor, weil ohne Zweifel die Beschuldigten nicht das Bewußtsein gehabt haben, einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu erstreben.

Der Oberstaatsanwalt schloß sich dieser Ansicht an und fügte hinzu:

Auch ich halte die Bekanntmachung des Beschlusses des Metallindustriellenverbandes lediglich für eine Mitteilung an die Arbeiter, durch welche ein Zwang nicht ausgeübt werden sollte.

Das gleiche trifft bezüglich der Unterredung des Direktors Neumann mit der Kommission der Arbeiter zu. Herr Neumann versichert, daß er auch bei dieser Unterredung nur beabsichtigt habe, die Tatsache des Beschlusses zur Kenntnis der Arbeiter zu bringen und im übrigen nur bemüht gewesen sei, eine gütliche Einigung herbeizuführen. Wenn dabei Worte gefallen sind, die von den verhandelnden Arbeitern als der Versuch eines Zwangs aufgefaßt sein mögen, so liegt kein Grund vor, an der Versicherung zu zweifeln, daß sie in diesem Sinne nicht gemeint waren, daß vielmehr lediglich eine wohlmeinende Warnung vor den Folgen des mitgeteilten Beschlusses beabsichtigt war, ohne daß ein Druck auf die Entschließungen der Arbeiter ausgeübt werden sollte.

Da Schlegel die Unternehmer ebenfalls hatte vor den Folgen ihrer Weigerung warnen wollen, da er ebenfalls eine gütliche Einigung anstrebte, gaben sich die Antragsteller natürlich nicht zufrieden, sondern beauftragten ihren Anwalt, einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen diesen Bescheid des Oberstaatsanwalts abzufassen. In demselben führte Genosse Heine nun aus:

Die Arbeiter, welche diese mündlichen Ankündigungen gehört oder diese gedruckten Anschläge gelesen haben, haben sich durch die Ankündigung der Aussperrung bedroht gefühlt und haben die Aussperrung als ein Uebel empfunden. Sie sind nicht zweifelhaft gewesen, daß die Absicht dieser Anordnung war, die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter durch die Drohung zu bewegen, auf die Former einzuwirken, daß sie ihre Lohnforderung fallen lassen und die Arbeit zu den von den Fabrikanten bewilligten Löhnen übernehmen und daß sie der Verabredung der Metallindustriellen, keine höheren Löhne zu geben, Folge leisteten.

Das Verhalten der Beschuldigten charakterisiert sich nach der in Breslau herrschenden Rechtsprechung, wie sie Arbeitern gegenüber angewendet wird, als Erpressungsversuch und als Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung.

In einer eingehenden juristischen Begründung weist der Antrag nunmehr nach, daß das Tatbestandsmoment des rechtswidrigen Vermögensvorteils und der Drohung in jeder Beziehung vorhanden sei, stützt diese Behauptung Satz für Satz durch bereits ergangene Reichsgerichtsurteile und schließt:

Mindestens muß man bei den Beschuldigten dasselbe Maß von Kenntnis der Arbeitsverträge voraussetzen, wie bei den unzähligen Arbeitern, die auf Grund dieser Judikatur wegen Erpressung angeklagt und verurteilt worden sind.

Daß die Beschuldigten geglaubt haben mögen, sich nicht strafbar zu machen, ist wohl möglich, dasselbe haben aber die Arbeiter, die in gleichem Falle wegen Erpressung verurteilt worden sind, auch geglaubt. Ein solcher Irrtum über das Strafrecht entschuldigt nach juristischer Auffassung selbst dann nicht, wenn eine neue Auslegung plötzlich Handlungen für strafbar erklärt, die früher nicht dafür gegolten hatten. Im vorliegenden Falle aber handelt es sich sogar um eine seit mehr als *zehn Jahren eingeführte Rechtsprechung.*

Noch weniger würden die Beschuldigten sich etwa darauf berufen können, daß sie geglaubt hätten, sie als Arbeitgeber könnten dasselbe, was bei Arbeitern als Erpressung bestraft würde, wagen, weil man es bei ihnen nicht als Erpressung ansehen würde.

Auch die Ausflucht der Unternehmer, daß für die Auszusperrenden keine Beschäftigung mehr vorhanden war, wird widerlegt. Denn für die Unorganisierten war noch Arbeit genug vorhanden und ferner drohten auch solche Firmen die Aussperrung an, in denen die Former gar nicht streikten. Der Antrag hält weiter das Vergehen gegen den § 153 für vorliegend, denn:

„Das Verhalten der Beschuldigten läuft darauf hinaus, die streikenden Former bezw. die etwa noch auszusperrenden Arbeiter durch Drohung der Aussperrung zu zwingen, daß sie der Verabredung der genannten Vereinigung, den Formern keine Lohnerhöhungen zu bewilligen, Folge leisten. Nach der Ansicht, die

Ende gut, alles gut.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

1)

Kräftiger noch war die Rüge, wenn Michel seiner Ehrlichkeit freien Lauf gelassen und die Wahrheit gesagt hatte, wo Höflichkeit an der Stelle gewesen wäre! Nach dem ersten auffallenden Verstoß dieser Art kam es zu folgender Szene:

Mutter: No ha'et (heute) host widder a Dommheit g'macht! Du bist doch der Dipplengst (von Düppel, eine Kopfkrankheit der Schafe, wobei sie sich wie blödsinnig benehmen) em ganza' Doraf (Dorf)! Sakt ma'n oöm so ebbes en's G'sicht? Setzt m'a d'Leut so en Verlega'heit?

Michel (trutzig). 's ist nor d'Wora't (Wahrheit) g'wesa', wa e g'sakt hab'!

Mutter (bitter lachend). D'Wora't! O du o'sennenger (unsinniger) Mensch! Sakt ma' d'Wora't, wann's o'gschickt rauskommt und d'Leut verdriezt? — Was weara'n ietz die von der denka'? Und was weara's von d'r verzähla', wann's hoöm (heim) kommet!

Michel. Mei'twega' was went (was sie wollen)! I frog' nex dernoch!

Mutter. Ob rehcht (auch recht)! Du frogst nex dernoch, wamma' de für'n Esel hält und dei' Mutter für a Weib, die de net zoga' hot? Du wurscht a saubers Mannsbild weara'! Du wurscht schöa' durch d' Welt komma'! — Ietz möcht' i nor wissa, w'rom ih grad so g'strost ben und so'n Narra' zum Soh' hab!

Michel (ärgerlich). No, ietz isch gnuag! — — A'n andersmol du' es (tu ich es) nemmer!

Diese Zusage, die ihm das Verlangen nach dem Schluß erpreßt hatte, konnte der gute Michel indessen nicht immer halten. Wenn er aber auch in weitern Verstößen sich selbst übertraf — wenn er, zum Sprechen genötigt, in seinem Widerwillen vollständig „aus dem Weg naus" redete oder, durch sein eigenes Schweigen belästigt, in der Zerstreuung und ohne Kenntnis des eben Gesprochenen eine Frage tat, daß man ihn für „meschucka" (hebräisch: verrückt) hielt — kurz, wenn er auf dem eingeschlagenen Wege konsequent fortging, so hörten die Predigten der Mutter doch nach und nach auf. Einmal wurde die wackere Frau müde, stets dasselbe zu sagen für nichts und wieder nichts. Dann regte sich, je mehr er heranwuchs und Autorität unter den Dorfburschen erlangte, in Michel ein Geist der Widersetzlichkeit, der sich das „Repermandieren" nicht mehr gefallen lassen wollte. Die Schwabin beschränkte sich zunächst auf einzelne kurze Bemerkungen, wie z. B.: „No, ha'et host widder a Schluap (großes Maul) rahg'hängt, des muß i saga'! Wann de nor em Spiegel g'seha' hätt'st — du hätt'st der g'wiß selber g'falla'!" Oder: „Ha'et host widder 'n Einfall g'hett (gehabt)! Wie d'nor drauf komma' bist! A'n anderer brächt's net raus, er därft se Müa' geba'!" — Aber Michel wurde endlich auch dadurch verletzt und sagte einmal unmutsvoll: „Ietz loß me amol ganga'! I ben wie'n e ben, und durch dei' ewengs (ewiges) G'schimpf wear' e net anderst! Weam e net' g'fall, der soll derhoemt (daheim) bleiba', oder — — — i hätt' schier ebbes g'sakt!"

Die Mutter seufzte. Sie mußte einsehen, daß sie sich in einem Punkte geirrt und ihr Sohn eben doch einen Fehler habe, und zwar einen großen, den er vielleicht nie ablegen werde. Aber noch blieb ihr eine Hoffnung. Michel war noch jung, es konnte noch werden. „Vielleicht got's 'm," dachte die Gute, „wie's scho' manchem ganga'n ist! — vielleicht wurd 'r zoga", wann 'm a Mädle g'fällt!" — Dieser Gedanke leuchtete ihr ein und rief eine Art von Lächeln auf ihr Gesicht. Es gab manche im Dorf, die ihr als Söhnerin nicht unlieb gewesen wäre. Wenn Michel an einer seine Freud' hätte, sich „um sie herummachte" und sie zum Tanz führte, dann müßte es doch mit dem Teufel zugehen, wenn ihm der Verstand nicht kommen und das Maul nicht aufgehen sollte; — Die gute Frau stellte sich das so hübsch und natürlich vor, daß sie recht erheitert wurde und auf diese Medizin das vollste Vertrauen setzte. Sie beschloß, ihn gehen zu lassen und zu warten.

Michel wurde neunzehn, er wurde zwanzig Jahre alt — und noch gefiel ihm keine. Die Mutter schüttelte den Kopf. Nicht nur, daß er keiner den Vorzug gab — er machte sich aus den Mädchen überhaupt nichts. Er lief ihnen nicht nur nicht nach, er wich ihnen aus oder tat wenigstens, als sähe er sie nicht. An Lustbarkeiten nahm er teil, aber nur, um sich zu Mannsbildern zu setzen, die ohne Schatz waren wie er. Mit diesen zechte, dampfte und diskurierte er in der schon beschriebenen Art und ging endlich zufrieden nach Hause. Ein paarmal ließ er sich von einer Nachbarin, die einige Jahre älter war als er und ihm gegenüber eine Art von Erziehungstrieb spürte, zum Tanzen verleiten. Als aber nach dem zweiten Versuch eine alte Base zu ihm sagte, er tanze, daß „dem Teufel dran grause," und er müsse es besser lernen, sonst wär's g'fehlt — da hatte dies nicht zur Folge, daß er's besser lernte, sondern ganz und gar aufsteckte. — Die Mutter wurde recht bedenklich, und an die Stelle der Hoffnung trat das Mißvergnügen und die Sorge.

Auf dem Lande heiratet man verhältnismäßig früh, und früh knüpfen sich auch Liebesbündnisse. Zwei junge Leute, die sich gefallen, gedeihen eben darum bald zum Liebespaar, weil sie auch bald zum Ehepaar gedeihen können; und der Dorfgeschichten-Erzähler wird nicht leicht in den Fall kommen, seine Leser für das Verhältnis eines Vierzigers mit einem zwanzigjährigen Mädchen interessieren zu müssen, was der Novellist der höheren Stände immer seltener wird umgehen können. Daß ein Sohn zu spät oder zu wenig nach den Mädchen fragt, ist ein Unglück, welches bäurischen Eltern selten begegnet. Oefter kommt es vor, daß einer in jungen Jahren zu viel danach fragt und dann natürlicherweise Folgen sich ergeben, die den Eltern viel Verdruß machen können, in der Regel aber auch wieder eine gute Ausgleichung finden. Vernünftige Eltern wünschen niemals, daß ihr Sohn eine Liebschaft anfange, wenn er kaum ein paar Jahre aus der Schule ist. Aber wenn ein Jahr ums andere vergeht, wenn er in die Zwanzig eintritt und immer noch tut, als obs gar keine Mädchen auf der Welt gäbe, dann findet man das auf dem Lande nicht natürlich.

Als Michel das zwanzigste Jahr hinter sich hatte, achtete es die Schwabin für ihre Pflicht, ihm in dieser Beziehung Ermahnungen zu geben — freundliche, liebevolle Ermahnungen; sie wußte ja, daß andere bei ihm nicht anschlugen. — Bei Gelegenheit eines Tanzes forderte sie ihn auf, ins Wirtshaus zu gehen und sich auch einmal ein Vergnügen zu machen. Er habe ja die letzte Zeit her genug geschafft, und für Leute seines Alters wären ja solche Gelegenheiten da. Michel antwortete, er wolle sich schon ein Vergnügen machen. Die Mutter schüttelte den Kopf und sagte: „I moe (meine) net, daß de widder he'setzt und rohchst aus dei'm Pfeifa'kopf — i moen, daß d'oh a Mädle nemmst und danzst mit 'r, wie ander' jung Leut." — Michel schwieg einen Moment, dann sagte er: „Du woescht (weißt), Mueter, d's Danza' frät me net." — Hier konnte die Mutter ihre Ungeduld nicht bemeistern. — „Koit's Blitz, red net so! Fang's nor a', 's wurd de scho' fräg.!" — Und in freundlicherm

das Oberlandesgericht in Breslau in der Strafsache gegen den Arbeitersekretär Friedrich Schlegel (3. S. 75. 06. im Urteil vom 27. März 1906) angenommen hat, bezieht sich der § 153 G.-O. auch auf diesen Fall, daß eine von Arbeitgebern beschlossene Vereinbarung oder Verabredung den Arbeitern gegenüber durch Drohung durchgeführt wird.

Der unterzeichnete Anwalt fühlt sich verpflichtet zu erklären, daß er persönlich die Rechtsprechung, die in solchen Fällen ein Vergehen gegen § 153 G.-O. oder gar Erpressung annimmt, juristisch und moralisch mißbilligt und nicht wünscht, daß seine eigene Auffassung mit ihr identifiziert würde. Wenn er trotzdem diesen Strafantrag vertritt, so geschieht es, weil angesichts der namentlich auch für den Bezirk des Oberlandesgerichts Breslau feststehenden Judikatur das Verhalten der Beschuldigten ebenso bestraft werden muß, wie das so vieler Arbeiter in gleichen Fällen, soll nicht das Gesetz einseitig und willkürlich nur gegen Arbeiter angewendet werden.

Der Rechtsanwalt Wolfgang Heine."

Diese Beweisführung scheint uns unwiderleglich, der Strafsenat des Oberlandesgerichts schloß sich ihr auch teilweise an. Die Anklage wegen Erpressung wurde zwar nicht erhoben, weil den Arbeitgebern, die sich in der Abwehr befanden, das Bewußtsein der Erstrebung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils fehlte. Die Einleitung des Verfahrens wegen Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung dagegen wurde angeordnet. Das Oberlandesgericht sagt etwas schwerfällig:

„Berücksichtigt man diese gesamten Umstände und die kategorische Form der Bekanntmachung, namentlich die Setzung der peremtorischen, kurz bemessenen Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit, so drängt sich der Verdacht auf, daß die Absicht der Teilnehmer des Beschlusses nicht mehr bloß darin bestand, durch die Bekanntmachung des Beschlusses ihre eigenen Positionen und Entschließungen dem andern Teile mitzuteilen und dadurch eine Grundlage für eine weitere gütliche Verhandlung, für eine durch wechselseitiges Fordern und Zugestehen zu erzielende Vereinbarung, zu schaffen, sondern daß Zweck und Ziel jener Bekanntgabe dahin ging, unter Abstandnahme von weiterem Paktieren den widerstrebenden Willen der Gegenpartei dadurch zu beugen, daß man durch Ankündigung des aus weiterem Widerstande erwachsenden Übels und durch die hierdurch in den Streikenden erregte Furcht vor der Verwirklichung des Übels einen Zwang auf den Willen der Widerstrebenden auszuüben versuchte."

„Bei dem vorstehend dargelegten Sachverhalt kann die bloße Erklärung der Beschuldigten, daß sie „bestreiten, durch die fragliche Bekanntmachung einen Zwang oder eine Drohung gegen die Arbeiter ausgeübt zu haben", zur Widerlegung des durch anderweite Tatsachen begründeten hinreichenden Verdachtes nicht genügen."

Nun begann der zweite Akt. Der Staatsanwalt erhob gegen 21 Fabrikanten Anklage beim Schöffengericht, und es bestand Aussicht, daß ihnen dasselbe geschah, wie den Arbeiterführern. Aber das Schöffengericht lehnte die Eröffnung des Verfahrens ab, weil § 153 G.-O. nur anwendbar *wäre im Verhältnis von Arbeitern zu Arbeitern*, oder Arbeitgebern zu Arbeitgebern. Es nahm also die alte richtige Ansicht an, und ließ sich durch die Autorität des Reichsgerichts, sowie des Landgerichts und Oberlandesgerichts Breslau nicht einschüchtern. Da aber die Arbeiter unter der neuen falschen Auslegung litten, erhob Genosse Heine Beschwerde gegen die Ablehnung und sagte darin scharf, wie die Dinge liegen:

„Was die andere Frage betrifft, ob die Handlung des Beschuldigten, da sie sich gegen Arbeiter richtet, als Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung angesehen werden kann, bemerke ich folgendes:

Die Gründe, die der angefochtene Beschluß ausführt, erscheinen mir persönlich vollkommen stichhaltig. Ich muß sie umsomehr anerkennen, als es dieselben sind, die ich in der Strafsache wider Schlegel angeführt habe. In dieser Sache aber hat das Oberlandesgericht Breslau sich auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt. Wenn nun auch die Rechtsauffassung des Oberlandesgerichts zu Breslau ebenso wie die des Reichsgerichts für das Schöffengericht nicht verbindlich ist, so dürfte für das Gericht vielleicht die Erwägung maßgebend sein, daß, wenn jetzt das Hauptverfahren gegen Glasenapp und Genossen abgelehnt wird, folgendes Ergebnis herauskommen würde:

Wenn im Bezirk des Oberlandesgerichts Breslau Arbeiter sich einer Handlung schuldig machen, wie Herr Schlegel es getan hat, so werden sie von der Staatsanwaltschaft angeklagt, bestraft und die Bestrafung wird vom Oberlandesgericht bestätigt. Wenn aber Arbeitgeber dieselbe Handlung begehen, werden sie zunächst von der Staatsanwaltschaft nicht angeklagt, dann wird nur durch das Oberlandesgericht die Anklage herbeigeführt und schließlich wird auch noch die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt. Der Rechtsanwalt."

Es half nichts. Das Landgericht ließ jetzt dahingestellt, ob der § 153 auch angewendet werden könne, wenn Arbeiter Arbeitgeber, oder Arbeitgeber Arbeiter bedrohen. Aber es erklärte jetzt, daß eine „Drohung" nicht vorliegt, die Ankündigung der Arbeitgeber nicht widerrechtlich war und sich innerhalb des Arbeitsvertrages hielt, auch den Herren Direktoren „das Bewußtsein einer Widerrechtlichkeit ihrer Handlungsweise" gefehlt hat.

Ob die Richter, wenn nun das nächste Mal Arbeiter vor Gericht stehen, das Gesetz wieder „andersrum" interpretieren? — Aber auch dann — das versteht sich! — würde den Richtern, die selbstverständlich nach bestem Wissen und streng objektiv urteilen, „das Bewußtsein einer Widersinnigkeit ihrer Handlungsweise" fehlen.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 25. März 1907.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Minuten und erklärt, für den Fall, daß die Budgetberatung heute nicht beendet wird, für morgen 6 Uhr eine neue Sitzung anberaumen zu wollen.

Die Wahl der Kommissionsmitglieder für den Bau einer Turnhalle bei der zweiten St. Lorenzschule in Verbindung mit einem Schul- und Volksbade hat folgendes Resultat: Es wurden gewählt Blunck, Schulmerich, A. Pape, Ewers, Euwie.

Der Senat teilt mit, daß er dem Antrage der Bürgerschaft betr. Festsetzung der Breite der Rosenstraße auf 7 m beigetreten ist.

Zunächst steht zur Beratung das Generalbudget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten für das Rechnungsjahr 1907. Der Senat beantragt, der Armenanstalt im Rechnungsjahr 1907 einen Beitrag von 25 000 Mk. zu zahlen.

Wissell regt an, den Etat der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten in ähnlicher Weise zu spezialisieren, wie den Hauptetat.

Senator Dr. Fehling: Das wird sehr umständlich sein.

Wissell: Was bei allen andern Etats möglich ist, wird auch bei diesem Etat möglich sein.

Damit ist die Generaldebatte erschöpft.

In der Spezialdebatte ergreift zunächst beim Artikel: Armenanstalt das Wort

Wissell: In den letzten drei Jahren ist von der Armenanstalt für 251 000 Mk. Land verkauft. Bei dem ständigen Steigen des Wertes von Grund und Boden seien solche Verkäufe nicht angebracht. Zu wünschen wäre eine Aufstellung über den gesamten Grundbesitz der Armenanstalt.

Artikel: St. Johannis-Jungfrauen-Kloster.

Lauenstein ersucht um Verlesung der Eingabe der Landbewohner betr. Ablösung der Reallasten.

Der Wortführer erklärt, die Verlesung am Schlusse der Tagesordnung vornehmen zu wollen.

Beim Kapitel: „Heiligen Geist-Hospital" erhält das Wort

Wissell: Trotzdem das Heiligen Geist-Hospital keine Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erhält, hat man die Insassen desselben ihres Wahlrechtes beraubt. Das ist früher nicht der Fall gewesen. Ich bitte um Aufklärung darüber, weshalb das diesmal geschehen ist.

Senator Dr. Eschenburg: Die Frage wird im Senat geprüft werden.

Das Budget mit dem Senatsantrag wird angenommen.

Nunmehr steht zur Beratung der Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten für 1907.

Wissell: Ich möchte zunächst darum ersuchen, den Etat den Bürgerschafts-Mitgliedern etwas früher zuzustellen, als es diesmal geschehen ist. Meine im vorigen Jahre gegebene Anregung, den Etat zum Vergleich dadurch übersichtlicher zu gestalten, daß außer dem Voranschlag des letzten Jahres auch die wirkliche Ein- und Ausgabe des letzt abgeschlossenen Berichtsjahres dem diesjährigen Voranschlag gegenüber gestellt wird, ist, wie ich zu meiner Freude ersehen habe, hinsichtlich des Hauptetats auf fruchtbaren Boden gefallen. Es ist mir dadurch die Durcharbeitung dieses Etats wesentlich erleichtert worden und ich danke für die Stattgabe meiner Anregung. Wenn meine Anrege auch nur bezüglich des Hauptetats erfüllt ist, und nicht auch beim Etat der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten, so wird dies ja sicher im nächsten Jahre auch hier geschehen; daß es geschehen kann, ist ja durch den Hauptetat bewiesen. Wiederkehren muß ich jedoch mit meiner Klage, daß auch im diesjährigen Etat jede Möglichkeit fehlt, in der Frage der praktischen Arbeiterpolitik mitzuraten und mitzutaten. Im vorigen Jahre schon beklagte ich, daß auf diesem Gebiete alles dem Senate oder den Behörden überlassen sei, die Bürgerschaft aber absolut nichts über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der vom Staat oder der Stadtgemeinde beschäftigten Arbeiter wisse, nichts über die Betriebsverhältnisse, die Erkrankungs- und Unfallsgefahren erfahre. Ich wies darauf hin, daß diese Fragen genau so zur Kompetenz der Bürgerschaft gehörten, wie die Fragen der Beamtenbesoldungen, und daß es Pflicht der Bürgerschaft sei, sich auch über die Verhältnisse des Arbeiters zu bekümmern, deren Arbeitgeber der durch die Bürgerschaft mitvertretene Staat sei. Ich bin nach wie vor der gleichen Meinung, daß die Bürgerschaft die Pflicht hat, hier sich zu informieren, wie die Dinge stehen. Auch die jetzt abgeschlossenen hinter uns liegenden Berichte der Behörden haben nämlich ein negatives Resultat ergeben, tun den Arbeiterfragen auch nicht um ein Jota mehr Erwähnung wie es in den Jahren zuvor gewesen ist, und da war das Ergebnis gleich null. Von mir im vorigen Jahre gestellte Anträge haben nicht die Zustimmung der Bürgerschaft gefunden, wie ich annehme, aus ganz irrigen Voraussetzungen heraus, von denen die Bürgerschaft ausging. Ich schließe das aus den Worten, die Herr Geheimrat Brecht, der Einzige, der aus der Bürgerschaft auf meine Anregungen einging, sprach. Er meinte, daß es sich nicht empfehle, daß die Bürgerschaft als parlamentarische Körperschaft sich ohne Not in die Arbeiter- oder Beamtenverhältnisse einmische. Es empfehle sich weit mehr den Behörden und den leitenden Beamten die Verantwortung und auch die Freude zu lassen, für die Verhältnisse des ihnen unterstellten Personals zu sorgen und sie so zu regeln, wie sie es mit den ihnen bewilligten Mitteln machen könnten. Mir liegt nichts ferner, als den leitenden Beamten die Freude an der Regelung der Verhältnisse der ihnen unterstellten Arbeiter innerhalb der ihnen bewilligten Mittel nehmen zu wollen. Aber wir wissen ja garnichts über die Verhältnisse unserer Arbeiter. Wir sind Arbeitgeber und kennen nichts von den Bedingungen, unter denen unsere Leute stehen. Das ist geradezu ein Unikum. Wenn ein einzelner Arbeitgeber sich in solcher Lage befindet, so würde man sagen, daß er den elementarsten Anforderungen, die an einen Arbeitgeber gestellt werden müssen, nicht genüge. Was aber für den Einzelnen gilt, muß natürlich auch für den aus mehreren Personen bestehenden Arbeitgeber gelten. Wir wissen aber, wie gesagt, über unsere Arbeiterverhältnisse nichts. Daß dies mein Verlangen nach einer Übersicht über die Arbeiterverhältnisse nicht unberechtigt ist, hat auch im vorigen Jahre Herr Brecht anerkannt, doch meinte er, sie gehöre nicht zu dem Budget, sondern in die Berichte der Verwaltungsbehörden. Dort sei die beste Gelegenheit gegeben, um uns über diese Verhältnisse zu informieren. Auch Herr Brecht hält es für richtig, daß uns weitere Mitteilungen gemacht würden, als es bisher der Fall gewesen sei. Das Verlangen nach Information ist auch einfach eine Selbstverständlichkeit, und wenn die Bür-

---

Ton setzte sie hinzu: „Ha'et kommt dei' Bäsle von ** ins Wirtshaus, a saubers Weibsbild — ka' alle Arbet und hot ebbes! Des wär' a Dänzere für di! Mach de lusteng mit 'r (ihr), nemm's mit in d' Stub' nei' und loß 'r ebbes auftraga'. Kott's Kreuz nei', a Mensch der ins oenazwanzengst Johr got." — „Aber i ka' ja net danza," entgegnete Michel. „D'Leut lachet me aus." — „Wie wursch (wirst du's) denn aber learna', wann's net probierst?" versetzte die Alte. „Learngeld hommer (haben wir) alle geba' müssa' — des verstot se. Aber die Bäbe, die wurd de scho regiera'! die brengt de rom — doh ka'st de drauf verlossa'. — Komm, versprich mer's! — „Ach Gott", erwiderte der gute Bursche mit einer Miene, als ob er Arznei nehmen sollte — „ich due's recht o'geara'." — „Jetz verzürn' me net", entgegnete die Mutter, „oemal mueß sei'." — „I hab' koe Gloech (Gleich, Gelenk) derzue," versetzte der noch immer Bedenkliche. — „Dommheita'! du host dei' grade Glieder! Und du ka'st ja doch bei der Arbet sprenga (springen, laufen), wann's sei' muß!" — „Ja bei der Arbet!" erwiderte Michel, als ob er hinzusetzen wollte: „das ist auch was ganz anderes!" — „Beim Danza' got's no' (noch) besser!" versicherte die Mutter; und indem sie ihn schmeichelnd auf die Schulter klopfte, setzte sie hinzu: „Komm, sei brav, versuch's und due (tu) oh amol ebbes, was e (ich) geara' hab'!—Der gute Michel verspürte bei diesen bittenden Worten einige Rührung, und um der Sache ein Ende zu machen und loszukommen, sagte er nun: „No, i will seha'!" — „Also du willst?" rief die Mutter. — „Ja, ja," erwiderte Michel, „i will seha'!"

Als er am andern Morgen in die Stube trat, fragte die Schwabin: „No, wie hot's ganga'?" — „Ganz guet," versetzte Michel. — „Bist z'recht komma'?" — „Des will i moena', erwiderte der Sohn mit Selbstgefühl. — „No," sagte die Alte erheitert, „des hab' i ja g'wißt! — Host aber oh ebbes auftraga' lossa'?" — „Des net." — „Wie, 'r Dänzere, zu der ma' Froed (Freund) ist?" — „Ja so," versetzte Michel, „du red'st vom Danza'?" — „No, von was soll i denn reda'?" — „Ja, lieba Mueter," erwiderte der Sohn mit einer Art von Bedauern, „des muß i d'r scho' saga': danzt hab' e net." — „Was? Aber du sakst ja —" — „Ja," entgegnete der Enakssohn, „i hab denkt, du moest ebbes anderst. 's hot nämlich bald 'n kloena' Handel geba', und doh' hab' e ausg'wehrt. Doh ist so a kloener Grippel (Krüppel, bedeutet hier bloß die Kleinheit) g'wesa', der gar koen Fried hat geba' wölla'. I hab' wärle Earnst macha' müassa'! — Aber ietzt," setzte er mit Befriedigung hinzu, „ietzt, hoff i, wurd er oh an mi denka'!" — Die Mutter, ärgerlich, versetzte: „Aber des wurd doch net eweng danzt haba'? Spärt wurd's doch oh no Zeit geba' haba' zum Danza'?" — „Ja," sagte Michel, „doh hab i nocht (nachher) mei' Unterhalteng scho' g'hett (gehabt), und i hab denkt: für ha'et isch gmuag!" — Die Alte wußte nicht, sollte sie weinen oder lachen über so einen Menschen. „No," sagte sie endlich, „i sig scho', an dir ist Hopfa'n und Malz verloara'!" — „Desdawega' (deswegen) no net," erwiderte Michel behaglich, und ging langsamen Schrittes an seine Arbeit.

Trotz des schlechten Erfolgs dieser ersten Ermahnung richtete die Mutter ähnliche noch zu wiederholten Malen an den Sohn. Die gute Frau meinte: „'s ist doch a Vergnüaga', was i von 'm haba' will! 's ka' ja net sei', daß 'r gar koen G'falla dra' fendt! 's ist doch no a'n ieder endle drauf komma'!" — Allein ihre Bemühungen blieben fruchtlos. Einmal ließ sich Michel bewegen, noch einen Tanzversuch zu machen; aber abgesehen davon, daß er nicht das geringste Vergnügen dabei empfand, hörte er auch aus einer Ecke von zwei Mädchen ein „Kuttern" (gedämpftes Lachen), daß er nur auf sich beziehen konnte, und in dem Ärger, den „Fratzen" zum Gespött zu dienen, sagte er zu seiner Tänzerin: „So, ietz ist gmuag, ietz ka'st widder ganga'!" und kehrte in die Stube zurück, um seinen Unmut zu vertrinken. Ein Kamerad, den er aufs Gewissen fragte, wie er eigentlich tanze, erwiderte mit bedeutungsvollem Blick: „Loba' ka'n e's net!" Michel nickte schweigend; und als er heimkam und seine Mutter wieder fragte, ob er „sich lustig gemacht" habe, antwortete er mit Unmut: „Ja, danzt hab' e; aber desmol und mei' Lebteng net widder! Aus isch! Globst du, doß i da' Leuta' da' Narra' abgib? doh bild' i mer doch z'viel ei'! Kott's Kreuz-Tauсed" — — — „Aber" — „Jetz hör' auf oder du machst me falsch! I will endlich 'n Fried' haba' mit dem Sakermentsdanza' doh! — 's wär koe Wonder, 's käm' ebbes dabei raus!" — — Die Mutter sah den Burschen achselzuckend an und schwieg. Sie mußte sich überzeugen, daß an so einem Menschen kein Reden was helfen kann! In Gottes Namen! Sie hatte ihre Schuldigkeit getan; und wenn er nicht mehr auf den rechten Weg zu bringen war — ihr konnten keine Vorwürfe gemacht werden. Hatte sie sich doch auch schon erboten, ihn selber tanzen zu „lernen" (lehren)! Aber was hatte er drauf gesagt? „Mit mei'r Mutter z'danza', kommt mer so öad für, daß mer übel wurd, nor wann e dra' denk'!" Mit so einem Menschen fang' eins was an! Nein! — er soll tun, was er will! Und wenn er „a'n alter Esel" wird und keine kriegt, soll er's haben!

Um es kurz zu machen — unser Bursche hatte das sechsundzwanzigste Jahr hinter sich — und noch konnte er das Tanzen nicht, und noch hatte er keinen Schatz, geschweige denn ein Weib. Er näherte sich dem, was auf dem Dorf ein „alter Jungg'sell" heißt; denn wenn der Bursche einmal in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre steht, dann kann er sich nicht mehr viel auf seine Jugend einbilden und es ist Zeit, daß er seine Wahl trifft. Hat er einmal „drei Kreuz aufm Buckel" (Rücken), denn ist er schon sehr anrüchig, und er muß andere Qualitäten bedeutender Art haben, falls er auf eine Dorfschöne noch Eindruck machen will.

Bei seiner Weise zu leben wurde Michel natürlich ein eigentümlicher Kauz. Von Herzen gutmütig, konnte er doch leicht und schnell böse werden, wenn man ihn durch eine Zumutung belästigte oder durch Widerspruch reizte. Der kurze, befehlende Ton unter Kameraden wurde ihm zur andern Natur, er gebrauchte ihn ganz gemütlich und hatte keine Ahnung davon, daß er einen andern damit in einer Art ansprach, die er von ihm sehr übel aufgenommen hätte. Wer ihn zu behandeln wußte, konnte gleichwohl alles mit ihm anfangen. Auf eine gute Rede, für einen guten Freund wär' er durchs Feuer gegangen. Natürlich wurde er bei alledem kein großer Menschenkenner. Er bildete mehr die Gabe des Glaubens als das Talent der Prüfung und Unterscheidung aus, glaubte an seine eigenen Einfälle und anderer Leute Versicherungen und handelte in diesem Vertrauen oft sehr naiv. Er gab im Dorfe zu manchem Spaß Anlaß, der gute Michel, und man lachte bei solchen Gelegenheiten weidlich über ihn — aber hinter seinem Rücken! Denn ihm ins Gesicht zu lachen, wollte doch niemand rätlich finden!

Die Mutter ließ ihn gehen. Am Ende, wenn er nicht heiratete, blieb sie die Herrin im Haus bis an ihr letztes Stündlein; und wir wissen, sie regierte gern. Aber ihr Muttergefühl überwog doch. Eine rechte Söhnerin ins Haus und für sie „Enkala" zu wiegen, wär' ihr doch lieber gewesen. — Wenn sie daran dachte, verlor sich ihre Zufriedenheit; sie schüttelte den Kopf und seufzte. Zuweilen tröstete sie sich selbst mit den Worten: „Was kan'n i macha'? 's ist eba'n a Blohk (Block) und bleibt oer!" Damit aber tat sie ihrem Sohn unrecht. Die Fähigkeit, die sie so gern betätigt gesehen hätte, fehlte nicht, sie schlief nur und harrte ihrer Zeit. Und die Zeit kam endlich und eine neue Periode begann für Michel — die geschichtliche. Kurz: er sah „die Rechte" — die bestimmt war, sein Herz zu rühren. Und bei dem ersten Anblick schon wurde ihm höchst seltsam zu Mute, und was die Mutter ihm vorgepredigt und was er niemals verstanden hatte, das begriff er mit einem Schlag.

(Fortsetzung folgt.)

gerschaft das Verlangen bisher noch nicht gestellt hat, so deshalb, weil ihr bislang die Arbeiterfragen Hekuba waren. Man kann auch nicht dagegen sein, nachdem selbst im Reiche dem Reichstage alljährlich eine Darstellung der Arbeiterverhältnisse in der Marine, der Heeresverwaltung und der Reichseisenbahnen zugeht. Wer sich für diese Berichte interessiert, dem stelle ich einen solchen gern zur Verfügung. In 2 Städten wird ein gleiches Verfahren geübt, und da meine ich, ist es endlich an der Zeit, daß es auch in Lübeck geschieht. Herr Brecht meinte 1906, daß es keines Antrages bedürfe, sondern daß der Senat geneigt sein werde, ohne weiteres auf die Anregung hin die Behörden mit Anweisung zu versehen. Er ist da zu optimistisch gewesen, und da möchte ich jetzt wiederum den Antrag stellen: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr alljährlich mit dem Budget eine Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten des Staats und der Stadt zu unterbreiten und die geltenden Dienst- und Arbeitsordnungen zur Kenntnis zu geben." Die allerwenigsten hier aus der Bürgerschaft wissen, um welches Heer von Arbeitern es sich hier handelt, die hier in Frage kommen. Ich habe mich der Mühe unterzogen, aus allen einzelnen Etatspositionen die Beträge herauszuziehen, die nur für die Zwecke der Sozialgesetzgebung, an Beiträgen verausgabt werden. Obwohl die Finanzverwaltung keinerlei Angaben macht, die Beiträge also für die drei Sozialgesetze nicht festzustellen sind — groß sind sie aber bei dem ausgedehnten Betrieb der Forsten, Moore usw. sicher — erreichen wir an einjährlichen Beiträgen ein ganzes Vermögen von 46 801 Mk. Und wo so erhebliche Summen für die Sozialgesetze ausgegeben werden, da sollten wir doch wenigstens die Verhältnisse kennen. Ist es Ihr Ernst, sich um die Arbeiterfragen zu bekümmern, so werden Sie auch den allerersten Schritt tun, sich über die wirklichen Verhältnisse zu informieren.

Senator Dr. Fehling: Der Etat der Verwaltungsbehörde wird im nächsten Jahre anders gruppiert werden. Es sei ja möglich, Uebersichten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bürgerschaft zugehen zu lassen, doch kann das besser außerhalb des Rahmens des Budgets in einer besonderen Aufstellung geschehen. Ich werde im Senat und in der Verwaltungsbehörde entsprechend berichten. Wenn auch in Wahrheit Senat und Bürgerschaft als Arbeitgeber fungieren, so ist doch in der Praxis die Verwaltungsbehörde Arbeitgeberin.

Wissell: Nach den Äußerungen des Senatskommissars werde ich diesmal von der Stellung eines Antrages absehen; mit der Aufstellung von Lohnübersichten soll doch wenigstens der Anfang gemacht werden, und das begrüße ich.

Der Wortführer und der Senator Dr. Eschenburg weisen die Aeußerungen Wissells zurück, als sei der Etat der Verwaltungsbehörde den Bürgerschaftsmitgliedern zu spät zugegangen.

Thiele bittet, den Tagelohn der städtischen Arbeiter zu erhöhen, 2,80 Mk. seien zu wenig.

Damit ist die Generaldebatte erschöpft. Es folgt die Spezialberatung.

Artikel „Einnahmen für Nebenerzeugnisse.

Wissell: Der Bürgerausschuß ist hier in den Fehler hineingetappt, den die Behörde bei der Aufstellung des Etats gemacht hat. Die Position ist erhöht worden, ohne daß die Richtigkeit der Angaben geprüft sind. Die Erläuterungen stimmen nicht mit dem Bericht der Verwaltungsbehörde überein, denn nach letzterem hat die erzeugte Koksmenge 20 861 Mk. mehr erbracht, als in den Erläuterungen angegeben ist. Angeblich hat der Bürgerausschuß den Preis auf 75 Pfg. festgesetzt, in Wirklichkeit hat er 80,4 Pfg. in Ansatz gebracht, das ist was das Jahr 1905 durchschnittlich erlangte (76 Pfg.).

Senator Dr. Eschenburg nimmt vorläufig die Richtigstellung der von ihm gemachten Aufstellungen für sich in Anspruch.

Wissell weist nochmals die Richtigkeit seiner Angaben nach.

Hahn: Die Angaben im Etat sind richtig, sie befinden sich nur auf zwei verschiedenen Seiten.

Freitag: Die Behörde hat alles gewissenhaft geprüft. Wenn Wissell meint einen Irrtum entdeckt zu haben, so hätte er das der Behörde mitteilen sollen.

Wissell hält seine Angaben aufrecht.

Nachdem Dimpker behauptet, die Angaben im Budget seien richtig und Wissell dies nochmals bestritten hatte, war die Sache erledigt.

Ausgaben: Artikel „Gasanstalt".

Bruns bringt zur Sprache, daß für die Arbeiter der Gasanstalt genügend Waschgelegenheit fehle; dieselben müßten sich noch im Eimer waschen.

Vom Senatstische wird erklärt, daß ausreichend Waschgelegenheit vorhanden sei.

Bruns: Eimer hatte ich nicht für genügende Waschgelegenheit.

A. Pape wünscht, daß den Laternenwärtern auch Mäntel geliefert werden.

Kapitel „Elektrizitätswerke".

Wissell rügt es, daß das Elektrizitätswerk Bestimmungen erlassen hat, die es selbst tüchtigen Elektrikern verbieten, sich selbständig zu machen. Darin liegt ein Verstoß gegen die Gewerbeordnung. Redner führt einen Fall an, in welchem einem tüchtigen Elektromonteur, der auf jahrelange praktische Erfahrungen zurückblicken konnte, die Erlaubnis zur Uebernahme von elektrischen Installationsarbeiten verweigert worden ist. Es wird verlangt, einen Techniker mit der Aufsicht über die Arbeiten zu betrauen. Das ist ein unbilliges Verlangen, zumal die Behörde sich dreimal gesichert hat, daß sie nicht geschädigt wird. Die Zeichnungen müssen doch erst der Behörde vorgelegt werden und ebenso werden elektrische Anlagen erst behördlicherseits abgenommen. Die wenigen Installateure, welche jetzt das Monopol haben, nutzen dasselbe natürlich aus und das Publikum muß zahlen. Redner rügt es sodann, daß es der Behörde gestattet ist, Strafen zu verhängen, wenn ein Unternehmer Leitungen ohne vorherige Genehmigung verändert. Nach meinem Dafürhalten hat die Behörde überhaupt kein gesetzliches Recht, derartige Strafen zu verhängen. Es ist dringend notwendig, daß die Bestimmungen des Elektrizitätswerkes geprüft und entsprechend geändert werden.

Senator Dr. Fehling: Es handelt sich um keinen Eingriff in die Gewerbeordnung, sondern um durchaus berechtigte Bestimmungen, die nur dem Schutze des Publikums dienen. In dem von Wissell angeführten Fall ist die Erlaubnis versagt, weil der Mann die geforderten Nachweise über seine praktischen Erfahrungen nicht erbringen konnte. Gegen die Bestimmungen sind bisher keine Beschwerden erfolgt und ebenso kann von einem Monopol gar keine Rede sein.

Schorer bittet um Ablehnung des Antrages Wissell, da es notwendig ist, strenge Vorschriften zu erlassen.

Wissell: Ich habe meine Ausführungen nicht gemacht, um im Interesse eines einzelnen Mannes zu handeln, sondern im Interesse des Publikums. Es muß tüchtigen Leuten möglich gemacht werden, sich auch als Installateure selbständig zu machen. In dem von mir angeführten Fall ist der Betreffende nicht auf Grund seiner Rechtsausführungen vom Gericht abgewiesen worden, sondern weil er sich bereits an den Senat gewandt, und dieser das Gesuch abgelehnt hatte. Das Gericht lehnte es ab, nochmals in eine Nachprüfung der Angelegenheit einzutreten.

Senator Dr. Fehling: Es handelt sich hier um kein Monopol, sondern jeder kann den Beruf ergreifen, wenn er die notwendigen Vorbedingungen erfüllt. Herr Wissell hat sich übrigens ein schlechtes Beispiel gewählt.

Dobberstein bringt folgendes Ersuchen: Die Elektrizitätsbehörde hat die Stromzuleitung für elektrisches Licht bis zum Elektrizitätsmesser zu liefern.

Senator Dr. Fehling: Der Senat wird die Sache prüfen.

Das Ersuchen Wissells wird abgelehnt, dasjenige Dobbersteins angenommen.

Bei der Position „Viehmarkthalle" macht

Bruns darauf aufmerksam, daß im Etat keinerlei Summe für Unfallversicherung ausgesetzt sei. Die Unfallversicherung sei doch gerade für die immerhin gefährliche Arbeit in der Viehmarkthalle notwendig.

Senator Fehling glaubt, daß die Arbeiter gegen Unfall versichert sind.

Wissell ersucht, die Sache genau zu prüfen.

Beim Kapitel „Grund- und Gebäudesteuer":

v. Schack fragt an, wann wir endlich eine feste Grund- und Gebäudesteuer bekommen, damit die Hausbesitzer zur Ruhe kommen.

Senator Dr. Fehling: Die Steuerbehörde beschäftigt sich mit der Neuregelung der Einkommensteuer und wird demnächst über ihre Arbeit berichten. Die Behörde wird im Anschluß daran die von Herrn v. Schack angeschnittene Frage prüfen.

v. Schack bedauert, daß aus den Grundbesitzern noch weitere Summen herausgepreßt werden sollen. Der Bürgerausschuß, der für die 6 Einheiten eingetreten ist, hätte mehr das Interesse der Grundbesitzer wahren sollen.

Senator Dr. Fehling: Fünf Einheiten sind nicht ausreichend, wenn 100 000 Mk. in die Reservekasse überführt werden sollen. Es ist notwendig, größere Abschreibungen vorzunehmen, und dazu gehört Geld.

Ausgaben für Feuerlöschwesen.

P. Pape fragt, wie es mit der in Aussicht gestellten Krankenkasse für Polizeibeamte und Feuerwehrleute stehe.

Senator Kulenkamp: Leider haben die entsprechenden Verhandlungen noch nicht ihren Abschluß gefunden.

Ausgaben des Polizeiamtes.

A. Pape erkennt an, daß jetzt eine bessere Reinigung des Bürgersteiges vor den öffentlichen Gebäuden stattgefunden hat. Zu bedauern sei jedoch, daß man gegen die Eigentümer anderer Grundstücke scharf mit Strafen vorgegangen ist. Redner regt an, auch die Bürgersteige durch Straßenreiniger reinigen zu lassen.

Senator Kulenkamp: Die Polizei ist sehr milde vorgegangen, und hat erst dann Bestrafung eintreten lassen, wenn vorher gewarnt worden war. Die Reinigung der Bürgersteige durch die Straßenkehrer würde große Kosten verursachen.

A. Pape: Es sind Hausbesitzer ohne vorherige Verwarnung bestraft worden. Ich habe nicht gewollt, daß die Straßenreinigerkolonne vermehrt wird, sondern bin der Ansicht, daß die Behörde leicht Arbeitslose heranziehen kann.

Beim Titel: Rücklage zum Reservefonds bemerkt

Wissell: Herr Schack hat sich hier besonders für die Interessen des Grundbesitzes verwandt; ich meine, es gibt noch andere Kreise, auf die weit weniger Rücksicht genommen wird, als auf die Grundbesitzer.

Das Budget der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten wird darauf genehmigt.

Nunmehr steht zur Beratung der Entwurf des Staatsvoranschlags.

Wissell: Herr Dobberstein hat gesagt, daß beim Budget wohl noch 20 Anträge eingebracht würden; es ist deshalb von mir geglaubt worden, daß von seiten aller Bürgerschaftsmitglieder Anträge gestellt würden, die sich auf sozialpolitischem Boden bewegen. Da dieselben mir jedoch nicht bekannt sind, so werde ich einstweilen das ausführen, was ich in dieser Beziehung für notwendig halte. Wohl noch nie ist in einer so eindringlichen Weise betont worden, daß auf sozialem Gebiet etwas geschehen müsse. In allen Zeitungen Lübecks ist in diesem Jahre das erörtert und versprochen worden, dafür einzutreten. Selbst unser Amtsblatt ist davon nicht auszuschließen und keine einzige Stimme aus dem Publikum ist dagegen laut geworden. Das Herz konnte einem darüber im Leibe lachen und sicher wird die diesjährige Etatsberatung ja das Ergebnis haben, daß auf diesem Gebiete Ersprießliches geleistet wird. Ich will nun auch gleich die Gelegenheit beim Schopfe nehmen und Ihnen den ausgestellten Wechsel zur Einlösung präsentieren. Ich werde nur etwas fordern, das von bürgerlichen Sozialreformern evangelischer wie katholischer Konfession seit Jahren schon gefordert wird, also sicher nicht als sozialdemokratische Forderung gelten kann. Ich gehe über die Fürsorge der in eigenen Diensten stehenden Arbeiter hinaus. Ich fordere die Einsetzung einer sozialen Kommission, die sich nicht nur über die Lage und Verhältnisse der Arbeiter des Staates und der Stadt unterrichten, die auch die Verwaltungstätigkeit der Staats- und Stadtbehörden nach sozialpolitischen Gesichtspunkten prüfen soll, und den immer mehr auf das Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Interessen hinübergreifenden Kreis der Gemeindeaufgaben die erforderliche und immer notwendigere Beachtung schenken soll. Die Erkennung und Nachgehung der Aufgaben unseres Stadtstaates, die Vorberatung der in Angriff zu nehmenden Arbeiten müssen die Schaffung einer besonderen Stelle erwünscht erscheinen lassen. Die Behörden werden mit ihren laufenden Arbeiten genug zu tun haben und werden auch sicher in erster Linie die finanzielle Seite einer intensiveren kommunalen Sozialpolitik in den Vordergrund stellen. Solche Kommissionen oder wie man sie nennen will, bestehen schon in Krefeld; Rheyd, Frankfurt a. M., Schwerte, Karlsruhe, Mainz, Gießen, Fürth. Etwas ähnliches hat auch im vorigen Jahre Herr Amtsrichter Dr. Leverkühn gefordert, der eine bestimmte Zentralstelle für die Besiedelung des Industriegebietes am linken unteren Travenufer wollte. Die sollte sich auch mit den sozialen Fragen, die die Besiedelung dort betreffen, befassen. Er meinte, daß diese sozialen Fragen schon dreimal von einer Seite in diesem Saale berührt worden, der es nur darauf ankam, agitatorisches Material daraus zu entnehmen. Die Bürgerschaft dürfe es jener Seite nicht allein überlassen, über diese Sachen öffentlich das Wort zu führen. Die Bürgerschaft dürfe es sich nicht nehmen lassen, auch ihrerseits zu zeigen, daß auch sie für diese Dinge großes Interesse habe. Ich will diesen Worten nicht das gegen uns, speziell gegen mich Gerichtete entnehmen, sondern nur die Tatsache, daß Herr Dr. Leverkühn das Gefühl gehabt hat, daß in diesen Fragen sozialer Politik — Herr Dr. Leverkühn nannte sie allerdings etwas eigentümlicher Weise Fragen der Wohlfahrtspolizei — etwas intensiver gearbeitet werden müsse wie bisher. Das ist der Fehler des Leverkühnschen Antrages gewesen, daß er sich nur auf das Siedelungsgebiet an der unteren Trave beschränkt hat und andere Fragen nicht mit heranzog. Dieser Kommission, der außer Mitgliedern des Senats, oder von ihm bestimmten Kommissare, und der Bürgerschaft auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzugehören hätten, würde dann, um ein positives Programm zu entwickeln, zu übertragen sein 1) die Ausführung der sozialpolitischen Reichsgesetze und der Ausbau derselben durch die statutarische Regelung der dafür bestimmten Punkte. 2) Die Vorbereitung und Beaufsichtigung eventueller Winter- und Notstandsarbeiten, 3) die Arbeiterstatistik, 4. Die Begutachtung und Kontrolle der Statuten und Verordnungen der städtischen Verwaltung, der Gebührenordnungen für die Benutzung kommunaler Anstalten der Volkshygiene, wie Bäder usw., der Wirtschaftspolitik. 5. Die Bearbeitung aller die speziell städtische Arbeiterpolitik betreffenden Angelegenheiten. Es gibt da so viele, viele Fragen, auf die man durch die Praxis gestoßen wird, und die der Erledigung harren, sie dringend erheischen, von denen nur ein kleiner Teil der Bürgerschaftsmitglieder etwas wissen werden. Zu prüfen wäre, ob nicht durch Ortsstatut — wie es das Krankenversicherungsgesetz nennt —, der Krankenversicherungszwang für die Personen eingeführt werden könnte, deren Beschäftigung durch die Natur ihres Gegenstandes oder im Voraus durch den Arbeitsvertrag auf einen Zeitpunkt von weniger denn eine Woche beschränkt ist. Zu prüfen ist, wie es sich ermöglichen läßt, daß die Arbeiter des Katasteramtes gegen Krankheit versichert werden; jetzt unterliegen sie keinem Krankenversicherungszwange. Gleiches gilt für die Angestellten der Irrenanstalt, die auch nicht gegen Krankheit versichert sind. Ganz besonders aber gehört die Frage zur Erörterung, wie sich die Versicherung der Arbeiter der an der unteren Trave ansiedelnden Industrie gestalten soll. Schon jetzt haben sich geradezu unhaltbare Zustände herausgestellt. Um auf eins zu verweisen, gehört der auf den Vorwerker Wiesen belegene Betrieb der Holzfirma Horstmann u. Jürgens der Gemeindeversicherung in Vorwerk an; der Hauptbetrieb dagegen der Ortskrankenkasse in Lübeck. Unter gleichen Verhältnissen erhält eventuell ein Arbeiter in Lübeck 2,10 Mk. Krankengeld und der in dem in Vorwerk belegenen Betrieb, der auch in Lübeck wohnt, 1,20 M. Noch schlimmer aber würde es werden, wenn die weiter hinausbelegenen Betriebe der Gemeindekrankenversicherung der betreffenden Gemeinde angehörten. Da würde nur ein Krankengeld von höchstens 90 Pfg. herauskommen. Der ortsübliche Tagelohn beträgt für diese Gemeinde nur 1,80 Mk. Die Krankenversicherung würde auch völlig zersplittert, die Gemeinden weit mehr mit Arbeit belastet und auch mit Kosten. Das ist nur ein kleines Gebiet der Tätigkeit einer solchen Kommission, damit würde ihre Arbeit nur angedeutet werden. Dazu würde weiter gehören die Förderung und spätere Überweisung eines kommunalen Arbeitsnachweises, die Kenntnisnahme von allen privaten Wohlfahrtsbestrebungen im Staate wie in der Stadt. Ich nenne nur: Ferienkolonien, Wöchnerinnenfürsorge usw. Durch eine solche Konzentration würde es möglich, die Frage zu lösen, welche Betriebe der Wohlfahrtspflege in staatliche Regie zu nehmen seien und welche sich mehr für private Initiative eignen würden. Es gehört u. a. dazu die Aufstellung der Grundsätze bei Vergebung der städtischen und staatlichen Arbeiten usw. Das ist praktische Sozialpolitik, die Lübeck betreiben müßte, womit es beginnen müßte gerade zu Anfang eines neuen Abschnitts in seinem Wirtschaftswesen. Das sind Aufgaben, die sich im Bereich der naheliegendsten Möglichkeit befinden, von denen auch nicht eine nicht in der einen oder anderen Weise längst durchgeführt wäre. Um solche praktische Politik in die Wege zu leiten, beantrage ich: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr in geeigneter Form Vorschläge entgegenbringen zu wollen, die die Errichtung einer Kommission zur Förderung sozialer Aufgaben im lübeckischen Staatsgebiete bezweckt."

Noch weitere Punkte, die ich besprechen möchte, behalte ich mir für die einzelnen Etatspositionen vor.

Senator Dr. Eschenburg: Eine große Anzahl von Aufgaben, die der Herr Vorredner einer besonderen Kommission überweisen will, werden schon jetzt von den Behörden wahrgenommen. Ich möchte Sie bitten, dem Ersuchen des Herrn Wissell keine Folge zu geben.

Amtsrichter Dr. Leverkühn hält eine Kommission für keinen Fortschritt, sondern für einen Hemmschuh. Herr Wissell hat seinen Antrag nur aus agitatorischen Gründen hier gestellt.

Klein: Herr Wissell hat von evangelischen und katholischen Sozialreformern gesprochen; mit den letzteren hat er jedenfalls mich gemeint. (Wissell: Sie sind doch kein Sozialreformer!) Ich stehe auf dem Boden des Wissellschen Antrages und möchte ihn noch erweitern. Redner spricht sich dafür aus, den Arbeitern Sommerurlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren. Herr Wissell stelle seinen Antrag deshalb, weil er infolge seines bürgerlichen Berufes dazu gezwungen sei. Das habe ich nicht nötig.

Stender spricht sich gegen den Antrag Wissell aus.

Wissell geht kurz auf die erhobenen Einwände ein. Dr. Leverkühn habe ihm das geantwortet, was seiner Zeit gegen den von ihm (Leverkühn) gestellten Antrag gesagt worden ist. Damit würde man jedoch nicht verhindern können, daß der Staat sich über kurz oder lang mit den von ihm angeregten Fragen beschäftigen werde.

Der Antrag Wissell wird abgelehnt. Für denselben stimmen, soweit übersichtlich, außer unseren Genossen Lau, Klein, Wengenroth, Bade-Schlutup, Coleman, Pape und Thiele.

Der Wortführer teilte mit, daß demnächst eine Besichtigung des Gesamtgutes Weißenrode durch die Bürgerschaft stattfinden soll.

Artikel „Ländereien".

Klein: In Behlendorf ist eine bessere Wasserversorgung für die Arbeiter notwendig.

Senator Eschenburg: Es ist sehr schwierig hier Abhilfe zu schaffen.

Beim Artikel „Grundhauern und Zehntenabgaben" fragt

A. Pape, ob es richtig sei, daß eine Ablösung der Grundhauern grundsätzlich verweigert werde. Das würde ein bedauerlicher wirtschaftlicher Hemmschuh sein.

Senator Eschenburg: Grundsätzlich wird die Ablösung der Grundhauern nicht abgelehnt, sondern es wird von Fall zu Fall entschieden.

Artikel „Gutsherrliche Abgaben":

Höppner-Krumbeck bittet, auf gesetzlichem Wege eine Ablösung der Kanons und Reallasten vorzunehmen. In Lübeck sei es den Landwirten unmöglich, ohne Genehmigung des Senats Land an- oder verkaufen zu können. Das sei eine Beschränkung, die bedauerlich ist, und die sich wohl in der Stadt niemand gefallen lassen würde.

Senator Eschenburg: Der Umsatz von ländlichen Grundstücken ist gerade in den letzten Jahren ein großer gewesen; der Senat hat zu einem Einspruch sehr selten Anlaß gehabt. Die Bestimmungen, daß der Verkauf von ländlichem Grundeigentum erst der obrigkeitlichen Genehmigung bedarf, ist getroffen im Interesse der Erhaltung unseres Bauernstandes. Im übrigen kann ich nochmals erklären, daß die Frage der Ablösung der Reallasten bereits im Senat geprüft wird.

Nunmehr gelangt auf Antrag Lauenstein die Eingabe der Landbewohner zur Verlesung.

Senator Dr. Eschenburg: Eine gleiche Eingabe ist auch dem Senat zugegangen, sodaß es sich erübrigt, deshalb jetzt besonders an den Senat heranzutreten.

Lauenstein beantragt, der Senat möge in Erwägung ziehen, ein entsprechendes Gesetz zu schaffen.

Der Antrag wird angenommen.

Beim Artikel Eisenbahnsteuer erklärt

Jenne, daß anscheinend der neue Lübecker Güterbahnhof zu früh eröffnet worden ist, denn es haben sich viele Mängel bereits herausgestellt. Redner möchte bitten, daß der Personenbahnhof nicht eher in Betrieb genommen wird, bis alles richtig funktioniert, damit es uns nicht so geht, wie es seinerzeit in Hamburg der Fall war.

A. Pape stimmt dem zu und führt weitere Mißstände an, die sich beim Güterbahnhof ereignet haben.

Schwabroch bittet das Eisenbahnkommissariat, doch bevor der neue Gütertarif in Kraft trete, denselben einer genauen Prüfung zu unterziehen, damit Lübeck nicht schlechter gestellt wird, als preußische Städte.

A. Pape macht auf die schlechten Zuwegungen zum Güterbahnhof aufmerksam.

P. Pape weist auf die gleichen Mißstände hin. Arbeiter müßten einen Weg von fast einer Stunde machen, während sie tatsächlich ganz nahe am Bahnhof wohnten, eben weil keine Zuwegung vorhanden sei. Der Anbau des Töpferweges bis zur Schützenstraße sei von der Eisenbahndirektion gewünscht, doch scheint die Baubehörde Schwierigkeiten gemacht zu haben. Jedenfalls ist eine Änderung dringend notwendig.

Beim Artikel: „Gewerbliche Abgaben" beantragt Mangels die Abänderung der Gewerbesteuer für den Gast- und Schankwirtschaftsbetrieb sowie des Kleinhandels mit Branntwein und Spirituosen.

Mangels weist auf die Ungerechtigkeit hin, die darin liegt, Kleinverkäufer mit den erstklassigen Restaurants und Hotels gleichzustellen. Es müssen bestimmte Normen geschaffen werden.

Borgwardt beantragt, 6 Steuerklassen einzuführen, und zwar von 20, 30, 60, 100, 200 und 300 Mk.

Senator Eschenburg: Wenn ich Herrn Borgwardt richtig verstanden habe, so will er 20 Mk. als Mindestbetrag erheben lassen, während seit Jahren 30 Mk. zu bezahlen waren und Einwendungen nicht dagegen gemacht worden sind. Hiermit wird sich der Senat nicht einverstanden erklären.

Windel tritt für den Antrag Mangels ein. Eine so exorbitant hohe Steuer, wie sie hier in Lübeck verlangt wird, wird in keiner andern deutschen Stadt erhoben.

Senator Kulenkamp gibt einen längeren Überblick über die bisherige Handhabung des Gesetzes betr. die Abgaben von Gast- und Schankwirtschaften und verteidigt die Arbeit der Schätzungskommission. Den Vorschlägen des Herrn Mangels auf Schaffung fester Grundlagen für die Besteuerung wird der Senat nicht beitreten; ebenso dem Vorschlage, noch zwei Inhaber von Kleinverkaufsstellen in die Kommission zu wählen.

Schorer meint, daß durch das Gesetz eine große Beunruhigung in die Bevölkerung getragen worden ist, und durch diese Unzufriedenheit werden weitere Kreise in die Arme einer gewissen Partei getrieben. Das müssen wir verhindern, indem wir das Gesetz revidieren.

A. Pape ist ebenfalls für die Revision des Gesetzes. Man soll lieber das Geld von den Apotheken, von denen dieser Tage eine mit 150 000 Mk. Nutzen verkauft wurde, als von den Wirten nehmen.

Borgwardt tritt nochmals für seinen Antrag ein.

Senator Kulenkamp warnt vor Annahme des Antrages Borgwardt, der neue Beunruhigung in weitere Kreise tragen würde.

Tegtmeyer-Moisling: Wenn Herr Borgwardt seinen Antrag nicht zurückzieht, dann müssen wir andere Maßnahmen ergreifen. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag Borgwardt wird abgelehnt, ebenso der Antrag Mangels.

Darauf tritt Vertagung auf Dienstag ein. Schluß 10,20 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote".**

Am 25. d. Mts. entschlief ganz unerwartet unser kleiner **Hans** im Alter von 2 Monaten.
Dies zeigen an die tiefbetrübten Eltern
Otto Schwenn und Frau,
geb. Krohne.
Beerdigung am Mittwoch morgen 8 Uhr.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes sagen herzl. Dank
H. J. Hannemann und Frau.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Margarethe danken herzlich
Friedrich Holst und Frau nebst Tochter.

Herzlichen Dank f. d. vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Johanna
Joh. Beeck und Frau.

Für die Gratulationen zur Konfirmation ihres Sohnes danken herzlich
B. Lotzow und Frau nebst Sohn.

Für die Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Hermann sagen ihren besten Dank **Karl Kolz und Frau.**

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Otto sagen besten Dank
J. Freitag und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Gretchen sagen besten Dank
Karl Maaß und Frau.

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Emil danken herzlich **Familie Buck.**

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich
H. Meanitorff u. Frau geb. Franfen.

Für die vielen Geschenke und Glückwünsche zur Konfirmation meiner Tochter Elsa sage allen meinen herzlichsten Dank.
Frau **W. Beyer Ww. u. Tochter.**

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zu der Konfirmation unseres Sohnes danken herzlich
H. C. Baade u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Martin danken herzlich
J. Rickert und Frau nebst Sohn.

Herzl. Dank für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Karl sagen
H. Jake und Frau.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elsa sagen unsern besten Dank.
H. Beetz und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter sagen ihren besten Dank.
J. Gramckow und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Friedrich danken herzlich
J. Bentien und Frau.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Lucie danken herzlich
E. Schultz und Frau.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter Sophie sagen herzlichen Dank
H. Wendelborn nebst Frau und Tochter.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Franz sagen hiermit unsern innigsten Dank.
Fr. Arndt und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Hans sagen herzlichen Dank.
H. Stegmann und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Berta danken herzlich
J. Borgstedt und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes sagen herzlichen Dank
A. König und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Alma danken herzlich
J. Wegner und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Marie sagen allen Verw. u. Bek. herzlichen Dank.
J. Lütt und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation sagen herzlichsten Dank
Familie **Eckhorst,** Wakenitzmauer 3.

Wir sagen hiermit allen Freunden und Bekannten für die Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter Magdalene unsern herzl. Dank.
Chr. Mahncke und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Karl sagen hiermit ihren herzlichen Dank **Karl Wieck und Frau.**

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Emma danken herzlichst
H. Niemann und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlichst
Fr. Parbs und Frau, geb. Lüttjohann, nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich
P. Meyburg und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Marie danken herzlich
E. Kähler und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Frieda sagen herzlichen Dank.
H. Tschaschnig und Frau.

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Paul sagen unseren herzlichsten Dank
W. Rankenburg u. Frau u. Sohn.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Henny sagen hiermit herzlichen Dank
W. Lehnberg nebst Frau u. Tochter.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes
Egon
danken herzlich.
Otto Nickel und Frau Martha,
Fackenburg. geb. Claußen.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter sagen hiermit herzlichen Dank.
August Möller und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter sagen herzlichen Dank.
J. Oldorf und Frau nebst Tochter Helene.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Hans sagen wir unsern herzlichen Dank.
J. Fick und Frau.

Für die vielen Gratulationen anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Rudolf danken herzlich.
H. Hansen und Frau nebst Sohn.

Wir sagen hiermit allen Freunden und Bekannten für die Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Wilhelm unsern herzl. Dank. **H. Kröplin** u. Frau u. Sohn.

Sagen allen Verwandten und Bekannten für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Frieda unsern herzl. Dank. **W. Ränke** u. Frau u. Tochter.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Rudolf danken herzlichst **L. Drewes und Frau nebst Sohn.**

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich
C. Sandgaard und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Ludwig danken herzlich **Karl Busack und Frau.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anläßlich der Konfirmation unserer Tochter Tusnelda danken herzlich
August Mann und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Beweise der Aufmerksamkeit anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Heinrich danken herzlich.
H. Hinze und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Helmuth danken bestens.
Fr. Neubauer und Frau nebst Sohn.

Besten Dank für die Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Franziska.
F. Nothmann und Familie.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unserer Tochter Grete sagen herzl. Dank **W. Mowitz u. Frau,** Vorwerk.

Allen Verwandten und Bekannten für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unsers Sohnes Hans sagen herzlichen Dank
H. Jürgens und Frau.

Für die mir anläßlich der Konfirmation meiner Tochter Käthe gewordenen Gratulationen und Geschenke sage meinen besten Dank **M. Oldenburg.**

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter sagen herzlichen Dank
Eduard Bahls nebst Frau und Tochter,
Fackenburg.

Für die v. Glückw. u. Geschenke zur Konfirmation uns. Tochter Erna danken herzlich
L. Haack u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Martha danken herzlich **Wilh. Ewert u. Frau nebst Tochter.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Erna danken herzlich **Ernst Köster u. Frau.**

Für die Aufmerksamkeit zur Konfirmation unseres Sohnes Willi danken herzlich
O. Fischer u. Frau.

Für die vielen Gratulationen anläßlich der Konfirmation unserer Martha danken herzlich
Aug. Siercks u. Frau u. Tochter.

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Alma sagen innigsten Dank **Ch. Junge u. Frau.**

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Carl danken herzlich **Heinr. Schwarz u. Frau.**

Allen Verwandten und Bekannten für die vielen Gratulationen u. Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter sagen herzl. Dank
G. Schönrock u. Frau.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Karl danken herzlich
Joh. Olsson u. Frau u. Sohn.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Hans sagen herzlichsten Dank **J. Schmidt u. Frau.**

Für die vielen herzlichen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Ernst danken herzlich **Hans Düsler u. Frau u. Sohn.**

Unserm lieben Freunde und Klubgenossen
Otto Michaelis
zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch!
Der Junggesellen-Klub.

Gesucht z. 1. Juli **eine 2- oder 3-Stubenwohnung mit Stall.** Wilhelmshöhe oder Umg. Angeb. unter **A. 50** a. d. Exped.

Danksagung.

Am 18. März d. J. verstarb infolge eines Unglücksfalles mein Mann, der Arbeiter **Karl Heinrich Joachim Wulf** genannt **Jürgens,** indem er durch Umfallen eines Bretterstapels auf dem Lagerplatze v. Sager u. Klüßmann **seinen Tod fand.**

Mein Mann war Abonnent der **Lübecker Vorstadt-Zeitung,** die ihre Abonnenten **gegen tödliche Unglücksfälle mit 300 Mark versichert.** Ich meldete am 25. März nachm. den Tod meines Mannes beim Verlage der Vorst.-Ztg. an und bereits am Vormittag des 26. März wurde mir die Versicherungssumme von **300 Mark in bar** ausgezahlt. Ich spreche dem Verlage der Vorst.-Ztg. dafür meinen herzlichsten Dank aus.

Lübeck, den 26. März 1907.

Auguste Jürgens gen. **Wulf,** geb. Davidsen,
Schlumacherstraße 21.

Gesucht zum 1. Mai ein
tüchtiges Mädchen
bei gutem Lohn. Frau **Th. Storm,**
Königstraße 98

Zum 1. Mai **ein Mädchen,** welches Ostern die Schule verläßt.
Frau **D. Wagner,** Holstenstraße 8.

Gesucht zu Ostern
ein Schlosserlehrling.
M. Keydel, Lindenstraße 72 a.

Billig eine **Laden- und Flurlampe** zu verkaufen. Langereihe 10.

Für Bauunternehmer. Baugerüst zu verkaufen. Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

Zu verk. ein Myrtenbaum u. 2 Pfahlensia,
Schildstraße 3, 2. Etg.

Ein guterh. Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. Margarethenstr. 8a, 1. Etg.

Zu verkaufen **Kinderbettstelle, Kinderwagen u. eine 2schläfige Matratze.**
Hartengrube 26, 1. Etg.

Ein Phonograph billig zu verkaufen
Glozinstr. 22, 2. Etg.

Ein starker **Kinderwagen,** passend f. Händler zu verkaufen Westhoffstr. 51, 3. Etg.

Eine fast neue Handharmonika und ein großer Heckbauer billig [illegible] verkaufen
Ma[illegible]enstr. 28, part.

Einige Fuder [illegible] zu verk.
K. Bannau, Ravensbusch.
Näheres **F. Helmreich, Ravensbusch.**

Ein Ladentisch, 2 Mtr. lang, ¾ Mtr. breit, mit Säulenbarriere, billig zu verkaufen
Mittelstraße 21.

Ein neues gradlehniges Sofa billig zu verkaufen Brießstraße 21, 1. Et.

Zu verkaufen ein noch gut erhalt. **Capes** und eine zweischläfige **Bettstelle.** Billig!
Segebergstraße 15, 3. Etg.

Ein **Hühnerstall,** sowie ein **Kindersitzwagen** mit Verdeck billig zu verkaufen. Zu erfragen abends nach 6 Uhr. Georgstr. **19, part.**

Zu verkaufen **ein Schaukasten mit Spiegelglas,** 1,35 m breit, 65 cm tief.
Kupferschmiedestraße 1.

Eine rote Plüschgarnitur, Sofa, 4 Stühle zu verkaufen.
Marlesgrube 39.

Zu verkaufen ein **Ladenreol mit 2 Glasfenster** für kleine Krämerei passend.
Schönkampstraße 19 a.

Am Palmsonntag in der Petrikirche ein **Konfirmanden-Jackett vertauscht,** bitte umzutauschen Kl. Kiesau 18, 1. Etg.

Entflogen 1 blaue Pfautaube, 1 blauer Stickentäuber, 1 gelbe Stickentaube.
Abzugeben gegen Belohnung
Gr. Burgstraße 21.

Empfehle meinen
Rasier- u. Haarschneidesalon.
Heinr. Ehlers, Engelsgrube 70.

Neu eröffnet
Filiale Mühlenstrasse 20.
Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
August Scheere.
Fernsprecher 1039.

Schnell trocknendes und nicht klebendes
Fussboden-glanzöl
Otto Fehlauer
Drogen und Farben
Fackenburger Allee 32.